

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gepaßene Petitzeile.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 14 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-
straße 106 .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 7. April 1911

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — An
unser Verbandsmitglieder. — Der Aufruf der Porte-
feuille und Reiseartikel-Sattler. — Von den Himmels-
erscheinungen im April. — Osnabrück. — Sitzung der Schlichtungs-
kommission. — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus
Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen
Organisationen. — Soziales. — Rechtsprechung. — Genossen-
schaftliches. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentral-
vorstandes. — Briefkasten der Redaktion. — Adressen-
Veränderungen. — Sterbefälle. — Versammlungskalender. —
Anzeigen.

Für die Woche vom 9. bis 15. April ist
der 15. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger
als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im
Rückstande ist, kann keinerlei Unterstützung aus
der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!

Die Kollegen werden in ihrem eigensten
Interesse ersucht, bei Arbeitsaufnahme in anderen
Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsver-
waltung zu erkundigen.

Berlin. Die Tapezierer stehen hier im
Streik.

Berlin. Die Exportwerkstätten der Ge-
schirrebranche sind gesperrt.

Brandenburg. Gesperrt ist die Firma
Mauz.

Bremerhaven. Hier stehen die Tapezierer
in einer Lohnbewegung.

Essen a. Ruhr. Hier bestehen Differenzen
der Militärsattler bei der Firma Wöller.

Hannover. Die Lohnbewegung bei
Passier u. Sohn ist mit Erfolg beendet.

Potsdam. In der Hofwagenfabrik von
G. Zimmermann Nachf. sind Differenzen ausge-
brochen.

Spandau. Bei der Firma G. Völck
stehen die Militärsattler wegen Nichtanerken-
nung des Berliner Tarifs im Streik.

Strasburg i. Elz. In der Militä-
effektenfabrik von Janzen bestehen Differenzen,
die zur Arbeitsniederlegung geführt haben.

Zeitz. Der Streik ist noch nicht beigelegt.

Oesterreich. Die Sattler der Automobil-
werke Puch in Graz stehen im Streik.
Zuzug von Tischlern nach Prag ist fern-
zuhalten. Die Waschinrentier hatten auch eine
Lohnbewegung durchzuführen, die mit Erfolg
beendet wurde. Die Sattler und Riemer der
Firma Wolfner in Neupelt stehen im Streik.

Dänemark. Die Portefeuille- und Reise-
effektenfabrik von G. A. Matthiesen in
Kopenhagen ist wegen Lohn Differenzen
gesperrt.

Schweden. Die Treibriemenfabrik von
Runte in Stockholm ist für Sattler und
Riemer differenzhalber gesperrt.

Schweiz. Die Firma Landis, Reise-
artikelfabrik, in Dettikon bei Zürich, ist ge-
sperrt. Sattler und Tischler haben den Betrieb
zu meiden. Ebenso haben Geschirrsattler den
Zuzug nach Zürich fernzuhalten.

Von allen obengenannten Orten ist der Zu-
zug streng fernzuhalten.

An unsere Verbandsmitglieder!

In einer gemeinschaftlichen Sitzung des Aus-
schusses und Vorstandes wurde mir der ehrenvolle
Auftrag, bis zur nächstjährigen Generalversammlung
in München die Redaktion unseres Verbands-
organs zu übernehmen. Wenn es auch meiner beson-
deren Versicherung bedarf, daß ich jederzeit bestrebt
sein werde, das in meine Person gesetzte Vertrauen
zu rechtfertigen, so möchte ich doch hiermit die Bitte
an die Kollegschaft richten, durch rege Mitarbeit
mich auf meinem exponierten Posten zu unterstützen.
Gerade im laufenden Quartal wird dies mehr als
sonst notwendig sein, da die hochgehenden Wogen der
Tarifbewegung in der Portefeuille- und Reise-
artikelfabrik meine ganze Aufmerksamkeit und zum
Zwecke der Verhandlungen schließlich auch einen
großen Teil meiner Arbeitskraft in Anspruch nehmen
dürfte. Aber auch nach Beendigung dieser Be-
wegung werde ich nur dann eine erfrischende Re-
daktionsstätigkeit entwickeln können, wenn mir ein
Stab tüchtiger und eifriger Mitarbeiter aus den
Reihen der Kollegen zur Seite steht.

Diese Gelegenheit benutzend, will ich in knappen
Zügen die Kollegschaft auf den Wert einer Ge-
werkschaftszeitung, die Notwendigkeit und Art der
Mitarbeit wie auch auf die zu pflegende Kritik hin-
weisen.

Wenn letzten beginnend, will ich ausdrücklich be-
tonen, daß eine gerechte Kritik, sowohl an dem In-
halt unseres Organs, wie auch an den Handlungen
aller Verbandsfunktionäre, durchaus wünschenswert
ist. Nur darf das „auf die Finger sehen“ sich nicht
nur in Mißtrauensbeziehungen fundieren. Ver-
trauen und Zutrauen sind ebenfalls hervorragende
demokratische Tugenden. Auch soll die Sonde der
Kritik nicht in persönlicher Weise angelegt werden,
sondern offen und wie es sich unter Kameraden
 ziemt, sollen vorhandene Meinungsverschiedenheiten
ausgeglichen werden.

Bei der Beurteilung des Inhalts eines Gewerkschafts-
blattes darf die Tatsache nicht übersehen werden,
daß seine Leser sich aus den verschiedensten
Unterbranchen, Altersklassen, und aus Angehörigen
verschiedener Parteianschauungen und Religions-
gemeinschaften zusammensetzen. Allen geschulten und
disziplinierten Verbandsmitgliedern stehen Meinungen
und Indifferente gegenüber. Neben ruhigen, aus
der Erfahrung gewerkschaftlicher und wirtschaftlicher
Bewegung geschöpften stehen Draufgänger und Him-
melsstürmer, die da glauben, ein einmaliges geschlof-
fenes Vorgehen der Arbeiterschaft genüge schon, die
jetzige Gesellschaftsordnung durch eine bessere,

menschwürdigere zu ersetzen. Bei dieser Kon-
stellation ist es durchaus nicht zu verwundern, wenn
einmal in einer Nummer eines Gewerkschafts-
blattes Artikel erscheinen, die nicht dem Geschmack
aller Leser entsprechen. Einige Kollegen werden
Artikel, die politisch gedeutet werden können, als
unpassend für ein Gewerkschaftsblatt halten, wohin-
gegen andere die Besprechung politischer Vorgänge
unbedingt nicht missen möchten. Andere meinen
wieder, der Redakteur nehme zuviel Rücksicht auf
die Indifferenten, weshalb Fortgeschrittene nicht auf
ihre Rechnung kommen. Viele fordern eine größere
Berücksichtigung der sozialpolitischen Geschehnisse
und ihrer Rechtsprechung, sowie aufklärende Artikel
über Arbeiterrecht usw., wohingegen es Kollegen
gibt, die diese Materie wegen ihres „trodenen“
Inhalts meiden und darum eine größere Berück-
sichtigung fachlicher und beruflicher Angelegenheiten
wünschen. Zu lang gehaltenen Versammlungsberichte
mißfallen dem einen Teil, während die Bericht-
erstatter den Redakteur mit gebarnigten Beschwerden
bombardieren, sobald er den Motifstift gebraucht.
Nun soll das Verbandsorgan weder eine täglich er-
scheinende Arbeiterzeitung noch ein Versammlungs-
protokollbuch ersetzen, dagegen muß es seiner Haupt-
aufgabe, aufklärend unter den Berufsangehörigen zu
wirken, ihr Binde- und Verbindungsmedium zu
sein, gerecht werden. Ist somit die Zeitung eine
der wichtigsten Einrichtungen einer gewerkschaftlichen
Organisation und hat der Redakteur die Pflicht,
sein Organ inhaltlich aktuell und interessant zu ge-
stalten, so muß er auch darauf bedacht sein, alle sich
zeigenden verschiedenen Strömungen in ein einheit-
liches Fahrwasser zu lenken, denn letzten Endes
haben doch alle Kollegen ein Ziel, und zwar,
günstigere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu
erlangen.

Es dürfte wohl keinen Redakteur geben, der
den Inhalt seiner Zeitung so ausstüßelt, daß reiflos
alle Leser damit zufrieden sind. Hier trifft mehr
als anderswo das Wort zu: „Einem jeden Recht
getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“ Denn
auch der Redakteur hat eine gefestigte Meinung, er
darf also beim besten Willen nicht, wie eine Wetter-
fahne, hin- und hergeschwanken. Angenommen, es gäbe
einen ernstzunehmenden Menschen, der in der Lage
wäre, schließlich mit Ausnahme der Versammlungs-
berichte und Inserate, ein alle acht Tage erscheinendes
Gewerkschaftsblatt allein durch seine Arbeit zu
füllen, so müßte dieser Arbeitseifer den Lesern bald
unerträglich werden. In dem Verbandsorgan, das
doch vornehmlich das Spiegelbild des wirtschaftlichen
und beruflichen Lebens sein soll, würde nicht die
Ansicht von 18 000 organisierten Sattlern und Porte-
feuille- und Reiseartikelfabrikanten zum Ausdruck
kommen, sondern die eines
einzelnen, der sich die Welt nach seinen Empfin-
dungen malt. Aus all diesen und hier nicht be-
zeichneten Gründen ist es dringend erforderlich, daß
einem Gewerkschaftsredakteur, um ihm zu ermög-
lichen, seiner Aufgabe gerecht zu werden, ein Stab
tüchtiger und tüchtiger Mitarbeiter zur Seite steht.
Dafür kommen in allererster Linie unsere Verbands-
mitglieder in Betracht. Es darf nicht vorkommen,

daß befähigte Kollegen ihre Mitarbeit mit der Verpfindung verjagen: „Ach was, der Redakteur hat die ganze Woche Zeit zum Schreiben, er wird ja dafür bezahlt, wir brauchen ihn doch nicht seine Arbeit abzunehmen!“ Ohne irgend jemanden zu nahe treten zu wollen, muß doch schon einmal festgestellt werden, daß Leute, die so sprechen, keine oder eine sehr geringe Ahnung von dem technischen Betrieb einer Zeitung und der dem Redakteur zur Verfügung stehenden Zeit haben.

Der Redakteur soll nicht nur schreiben und aus oben gekennzeichneten Gründen nicht nur seine eigenen Ansichten zum besten geben. Er ist auch sein Publikum, der auf allen die Kollegenchaft interessierenden Gebieten Bescheid weiß. Darum muß dem Redakteur Zeit zum Lesen, zum Studieren, gelassen werden, damit er sich fortbilden und den Lesern immer Besseres, in der Schreibweise Formvollendetes bieten kann. Er muß auch von allen Vorkommissarien auf politischen und wirtschaftlichen Gebieten unterrichtet sein. Literarische Erzeugnisse, so weit sie von öffentlichem, sachlichem und beruflichem Interesse sind, muß er lesen und für sein Organ, zum Vorteil der Kollegenchaft, verwerten. Auch im öffentlichen Leben soll er sich betätigen, um Anregungen zu geben und entgegenzunehmen, soll er nicht im Bücherstaub ertrinken oder in der Tinte erkaufen. Zu all diesen Verpflichtungen gehört, neben Energie und gutem Willen, Zeit und wiederum Zeit. Wenn sie nicht vorhanden, dann muß eines oder das andere Not leiden.

Die Mitglieder wollen alle Woche pünktlich ihre Zeitung haben. Wenn die eine Nummer in ihre Hände gelangt, dann muß die nächstfolgende schon fast fertig sein, denn der Sekret drängt nach Material, auf Vorrat kann nach der Natur der Dinge nicht gearbeitet werden, weil die Zeitung aktuell sein muß. Kann und darf der Redakteur nun nicht alles allein schreiben, versagt dazu noch die Mitarbeit der Kollegenchaft, so muß notgedrungen die den Mitgliedern so sehr verhasste Schere in Funktion gesetzt werden. Auf diese Weise wird, trotz des besten Willens des Redakteurs, eine Zeitung herauskommen, die die Kollegenchaft nicht bedrückt. Die Schuld tragen aber allein die Kollegen, die wohl befähigt sind, mitzuarbeiten, ihre Mitarbeit aber verjagen.

Wer nun mit mir das Bestreben hat, unser Verbandsorgan auch in Zukunft so zu gestalten, daß es getrost den übrigen Gewerkschaftsblättern an die Seite gestellt werden kann, den fordere ich auf und bitte ihn, mich in meinem neuen Wirkungsgebiet zu unterstützen und eifriger Mitarbeiter unseres Verbandsorgans zu werden.

Mit kollegialem Gruß

S. Weinschild.

Von den Himmelercheinungen im April.

Von Georg Kästner in Bremen.

(Kachorus verboten.)

Die starke Zunahme der Tageslänge zeigt uns an, daß die Sonne schon wieder sehr weit auf die Nordhemisphäre herübergetreten ist. Am 21. März überschritt sie mittags wieder den Äquator, der Frühling begann und nun steht sie schon einige Grade nördlich vom Äquator. Während des Aprils nimmt die Tageslänge von 13 auf 14 1/2 Stunden zu. Damit spendet uns die Sonne so merklich viel mehr Licht und Wärme, daß die lebendige Natur sich sehr stark zu regen beginnt.

Von den beiden in diesem Jahre stattfindenden Sonnenfinsternissen ereignet sich die erste in der Nacht vom 28. zum 29. April. Die Sonne wird dabei total verfinstert. Die Finsternis beginnt bei der Nord-Howe-Insel im Osten von Australien am 28. April um 8,49 Uhr abends, überschreitet die östliche Hälfte des australischen Kontinents und Neuseeland, zieht über die Mitte des Pazifischen Ozeans und erstreckt sich über Mittel-Amerika und die südliche Hälfte Nordamerikas. Sie endet am 29. April um 2 Uhr morgens in der Gegend zwischen Kapulco an der mexikanischen Küste und der Clipperton-Insel. Bei uns ist also von der Sonnenfinsternis nichts zu sehen.

Im April wird der Planet Merkur, das leichtsichtigste Planetengestirn, mal wieder sichtbar. In den ersten Tagen des Monats kann er schon am Abendhimmel beobachtet werden, in der Mitte des Monats beträgt seine Sichtigkeitsdauer bis zu eine

Der Aufmarsch der Portefeuille und Reiseartikelfattler

zu der diesmaligen Lohnbewegung hat in allen Streifen einen überwältigenden Eindruck hervorgerufen, der bei der beteiligten Arbeiterchaft die besten Hoffnungen ausgelöst hat. Diese Erkenntnis ist einigen, allerdings unbewussten Skribenten in den Kopf gefahren, um dort unheilvolle Verwirrungen anzurichten.

Daß die „Offenbacher Zeitung“, die vor drei Jahren dem berühmten „Portfolio“ ihre Spalten als Sammelbecken für Beschimpfungen der Gewerkschaftsbeamten zur Verfügung stellte, um so die Massen gegen die Führer zu heben, damit sie zugunsten des Unternehmertums ihnen keine Geholgschaft leisten, diesmal wieder ihr altes, ihrer Natur angepachtes Metier aufnehmen wird, war mit Bestimmtheit vorauszusehen.

Portfolio hat wohl von der ihm vor drei Jahren zuteil gewordenen Abfuhr sich noch nicht ganz erholt, denn diesmal ist es ein anderer Anonymus, und zwar zeichnet er e, der sich in der „Offenbacher Zeitung“ einschleimt und zu einer Angelegenheit Stellung nimmt, deren Beurteilung auch nicht durch ein einziges Körndchen Sachkenntnis sich auszeichnet. Auch scheint ihm sein Leiborgan eine noch zu kleine Tribüne zu sein, denn im Heft 9 Jahrgang 1911 der modernen Fachschrift „Luxus und Bedarf“ finden wir über den gleichen Gegenstand Auslassungen, die denen des e wie ein Ei dem andern gleichen. Für die Redaktion dieser Zeitschrift ist das um so bedauerlicher, als sie ja durch persönliche Verbindungen bei den Offenbacher-Frankfurter Lederwarenfabrikanten sich jederzeit von den Unrichtigkeiten des betreffenden Artikels hätte überzeugen können. Doch sei wie ihm wolle. Wenn die Lohnbewegung schärfere Formen annehmen wird, als es der Wille der beteiligten Arbeiterchaft ist, so mögen die Herren Fabrikanten sich bei der „Offenbacher Zeitung“ und „Luxus und Bedarf“ bedanken. Die Arbeiter werden, soweit sie es noch nicht getan haben, der „Arbeiterfreundlichen“, „Offenbacher Zeitung“ die Berücksichtigung zuteil werden lassen, die sie verdient und bei dem Gros unserer Kollegen bereits gefunden hat.

Nun zur Sache selbst. Gleich in den ersten Zeilen behauptet e in seinem Artikel in Nr. 72 der „Offenbacher Zeitung“ vom 25. März 1911: „Die Lohnbewegung beleuchtet wieder mit Deutlichkeit das Ziel der sozialdemokratischen Gewerkschaften“, obgleich e doch den Berjammlungsbericht in Nr. 67 gelesen hat, aus welchem hervorgeht, daß auch die der Zentrumsorgani-

sation, dem christlichen Lederarbeiterverband, angehörigen Portefeuille und Reiseartikelfattler den Vertrag gekündigt und einen mit einem fast ähnlichen Entwurf eingereicht haben. Die Ähnlichkeit der gestellten Forderungen ist um so bemerkenswerter, als ja vorher keinerlei Verständigung der beiden Richtungen stattgefunden hat, also die notwendigen Neuerungen einem gemeinsamen Boden entsprossen sind. Sie sollen den für die Zukunft zu gestaltenden Verhältnissen Rechnung tragen. Dann soll nach e der Entwurf geeignet sein, der Industrie einen Stoß zu versetzen, dessen Ueberwindung nicht so leicht erfolgen wird. Das sind dieselben Klagen, dieselben Vorwürfe, wie sie die „Offenbacher Zeitung“ vor 3 und vor 6 Jahren erhoben hat. Die einwandfreien Zahlen des kaiserlichen Statistischen Amtes beweisen, daß die Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung durch die beiden Lohnbewegungen in keiner Weise den Außenhandel beeinträchtigt hat. Allein im Jahre 1910 wurden 9200 Doppelzentner Sattlerartikel und Lederwaren mehr ausgeführt als im Vorjahre, also ist die Ausfuhr auf 54 000 Doppelzentner, das ist um 20 Proz. gestiegen. Dem Werte nach beziffert sich die Steigerung von 35,7 Millionen auf 40 Millionen. Dazu kommt das Absatzgebiet in Deutschland selbst, welches in immer steigendem Maße aufnahmefähig ist und das Geschäftsjahr 1910 zu einem Jahr gestaltete, wie es die deutsche Lederwarenindustrie noch nicht zu verzeichnen hatte. Der Handelskammerbericht gibt auch in objektiver Weise zu, daß dem Tarifverhältnis dieser günstige Ausschlag mit zu danken ist. Und das alles trotz der Unruhe vor drei Jahren.

Die Zahl der im Verbands der Sattler und Portefeuille organisierten Kollegen wird abichtlich um rund 800 verkleinert. Auf diese Weise soll ängstlichen Gemütern gesagt werden, daß ein großer Teil der Arbeiterchaft nicht hinter den Forderungen steht. Selbst vor Demunziationen schreckt der Artikelfschreiber nicht zurück. Was soll sonst die Behauptung bedeuten: „Die Jungen und Mädels werden zu tüchtigen „Genossen“ und „Genossinnen“ herangezogen, die Ausbildung im Verufe überläßt man der von dem Gewerbeverein errichteten Schule. Hier steht e wieder mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuß. Er hat Kenntnis von den seit drei Jahren gültigen Lehrlingsvereinbarungen, die genau besagen, was einem Lehrling von seinem Lehrmeister beigebracht werden muß. Eine Aenderung dieser Vereinbarungen wird nicht beabsichtigt. Dann kommt hinzu, daß im Deutschen Reich gezielte Bestimmungen falsch angewendet werden, wonach Gewerkschaften keinerlei Unterricht erteilen dürfen, sie also hier nicht mitwirken können, obgleich sie es gern täten.

Stunde. Ende April wird er schon wieder unsichtbar, da er sich bereits der Sonne wieder zu stark nähert. Man sollte diese seltene Gelegenheit wahrnehmen, sich den Planeten einmal anzusehen, denn man wird erstaunt sein über seine Helligkeit, wenn man ihn erst einmal gefunden hat. Würde der Planet am hohen Nachthimmel stehen, erschiene er uns von der Helligkeit des Sirius, unseres hellsten Fixsternes. Die helle Dämmerung, in der er jedoch stets steht, läßt uns seiner schwer ansichtig werden. Schuld daran ist unsere Erdatmosphäre. Könnte man vom Monde aus beobachten, wo keine Atmosphäre den Ausblick trübt und neben dem hellstrahlenden Tagesgestirn auch die schwachen Sterne sichtbar sind, so könnte man den Planeten viel besser beobachten und auch leicht genauer über seine Oberflächeneigenschaften erfahren.

Venus steht ebenfalls für die Beobachtung sehr günstig, denn sie ist 2 1/2 bis 3 Stunden lang am Abendhimmel sichtbar. Sie kommt am 1. April und am 1. Mai dem Monde scheinbar sehr nahe. Der helle Stern ist ja nicht zu verwechseln, denn er fesselt jeden Blick, der sich nur nach dem Abendhimmel hinrichtet. Venus gestattet übrigens, den Planeten Merkur leicht und sicher aufzufinden, denn er befindet sich Mitte April ungefähr mitten zwischen Venus und Sonne, nur etwas nördlich der Verbindungslinie dieser beiden Gestirne. Am 10. April geht Merkur 5 Grad nördlich am Saturn vorbei. Eine Konjunktion von Venus und Saturn findet am 28. März statt.

Mars ist den ganzen Monat hindurch kaum eine Viertelstunde sichtbar. Jupiter dagegen ist von der Mitte des Monats an die ganze Nacht über dem Horizonte. Der Planet glänzt bekanntlich in ruhi-

gem gelblichen Lichte. Schon ein kleines Fernrohr zeigt die eigentümlich streifige Struktur seiner Oberfläche und ein besseres Teleskop zeigt die parallelen wolkenähnlichen Streifen, die oft mit dunkleren Anhäufungen und helleren Flecken durchsetzt sind, welche mitunter ziemlich schnell ihr Aussehen und ihre Stellung zueinander verändern. Aus ihrer Bewegung läßt sich schließen, daß Jupiter in nahezu zehn Stunden die Drehung um seine Achse vollendet. Der Planet sieht im Sternbild der Waage und ist dort mit Hilfe der bekannten dreihaken Sternarten leicht auffindbar. Er ist so hell, daß er wohl alle anderen Sterne des Himmels mit Ausnahme der Venus überstrahlt. Zudem kommt er am 15. April und am 12. Mai dem Monde scheinbar sehr nahe, so daß man ihn dann sicher findet.

Von einigen Beobachtern ist behauptet worden, es hätten an mehreren Objekten auf der Mondoberfläche nachweisbare Veränderungen stattgefunden. Namentlich der kleine Krater Linneus kam in diesen Verdacht und Wiederung z. B. meinte, der weiße Hof um Linneus sei bei Sonnenaufgang am größten und schwinde unter der Einwirkung der höher und höher steigenden Sonne immer mehr dahin, bestebe also wohl aus einem sich in jeder Monatsnacht sowie bei Mondfinsternissen bildenden kalten Niederschlag, ähnlich unserem Raubreif. Diese Ansicht begegnete starkem Widerspruch, weil sich die Messungen angeht der Helligkeit der Umgebung nur sehr schwer ausführen lassen. Die bei der letzten Mondfinsternis von van Niebroek vorgenommene Messungen bestätigten das und zeigten als Ergebnis, daß, wenn überhaupt Änderungen der Fleckendurchmesser eingetreten sind, diese nur minimal gewesen sein können.

Dann soll die Lohnbewegung dazu benutzt werden, der Heimarbeit den Todesstoß zu versetzen. Wir wünschen: wenn wir die Macht dazu hätten, die organisierten Portefeuller-Heimarbeiter, das sind doch 90 Proz., würden uns bereitwillig die Lanze reichen. Da wir aber die bestehenden Verhältnisse in Rechnung ziehen, so soll das spätere Tarifverhältnis eine weitere Ausdehnung der Heimarbeit inhibieren. Dem e sind aber alle Mittel heilig, darum scheut er sich auch vor einer Fälschung nicht. Er schreibt: „Den Arbeitgebern wird verboten, Personen unter 30 Jahren als Heimarbeiter zu beschäftigen.“ Der Abs. 3 des § 6 dagegen besagt: „Als Heimarbeiter oder Zwischenmeister dürfen nur solche Personen neu eingestellt werden, die bereits das 30. Lebensjahr erreicht haben.“ Das ist doch ganz etwas anderes. Hiernach steht es den Unternehmern frei, alle zurzeit von ihnen beschäftigten Heimarbeiter zu behalten. Heimarbeiter, die noch nicht 30 Jahre alt sind, sollen nicht neu eingestellt werden. Mit dieser Forderung wird einer Pflicht nachgegeben, die da will, daß alle gesunden Menschen in den Fabriken beschäftigt werden. Warum sollen die Heimarbeiter warten, bis sie durch wirtschaftliche Verhältnisse von den Unternehmern ihrer frugwürdigen Selbständigkeit beraubt werden? Wenn die Unternehmer auf Kosten der Werkstatt- und Einzelheimarbeiter das Zuzahl- und Zwischenmeistersystem vergrößern, so ist doch das eine Kur, die der gleicht, wenn man dem Hund den Schwanz stückweise abbaut, damit er nicht solche Schmerzen fühle, als wenn es mit einem Hiebe geschehe.

„Heimarbeiter sollen keine fremden Arbeitskräfte beschäftigen.“ schreibt e. Was besagt der Tarifentwurf im § 6 Abs. 7? „Um das Zwischenmeistersystem nicht auszudehnen, dürfen Heimarbeiter fremde Arbeitskräfte nicht beschäftigen, mit Ausnahme eines Lehrlings und der eigenen Familienangehörigen.“

Also dem Zwischenmeistersystem, dem Sweatingssystem, soll zu Leibe gegangen werden. Dabei finden wir uns in guter Gesellschaft. Der Zentralvorstand der Lederwarenfabrikanten-Vereinigung Deutschlands hat einmal den beherzigenswerten Ausdruck getan, daß die Zwischenmeister die Parasiten des Produktionsprozesses sind. Sie existieren nur durch den Zeit des Lohnes, den ihnen die Unternehmer zubill, und den Teil, den sie ihren Hilfskräften zu wenig zahlen. Deshalb wäre es an der Zeit, sie aus dem Produktionsprozeß auszuschalten. Wir geben noch weiter und sagen: Wenn das Zwischenmeistersystem in der Portefeullerindustrie beseitigt

sein wird, erst dann wird eine Tarifgemeinschaft ihrem gewollten Zweck entsprechen. So lange aber Unternehmer wohl den Tarif anerkennen, aber von Zwischenmeistern, die keine tariflichen Bestimmungen einhalten, ihre Ware herstellen lassen, so lange werden die Portefeuller und Reiseartikelfabrikanten darauf bestehen, daß die vertragsschließenden Unternehmer und ihre Organisation für die Einhaltung des Tarifs verantwortlich gemacht werden. Ohne solche Bestimmungen kommt kein Vertrag zustande. Für diese Forderung stehen auch die Berliner Lederwarenfabrikanten, wenn auch aus anderen Gründen, ein.

Die Bestimmung, die Arbeitgeber sind verpflichtet, „die von ihnen beschäftigten Aufsehensarbeiter nach der Zahl und Art ihrer Hilfskräfte zu befragen und auf Verlangen den Organisationsvertretern gewissenhaft Auskunft darüber zu geben,“ hat es ebenfalls dem e angetan, trotzdem alle Fabrikanten, die einen einmal eingegangenen Vertrag auch gehalten wissen wollen, lebhaft an die Einführung solcher Maßregeln interessiert sind. Denn sie haben ebenso wie die Arbeiter darunter zu leiden, wenn Fabrikanten den Vertrag anerkennen, um die Einhaltung sich nicht kümmern und nur deshalb so billig fabrizieren, weil ihre Zwischenmeister in unbeschränkter Zahl Hilfskräfte beschäftigen, die aber außerhalb des Tarifes stehen. Gewiß, wer Schmuckkonkurrenz treiben will, der empfindet solche Bestimmungen lästig. Wer aber es mit dem Vertragsverhältnis ehrlich meint, der wird mit den bisherigen Entscheidungen der Berliner Schlichtungskommission einverstanden sein, wonach einigen Unternehmern bei Strafe angedroht worden ist, nach obigen Grundsätzen zu handeln. Die mußten auch die Zwischenmeister, die nicht nach Tarif entlohnen, sofort entlassen oder die Differenz des zu niedrigen Lohnes aus eigener Tasche zahlen. Was für Berlin recht ist, muß für Offenbach billig sein.

Auch gegen die Festsetzung der zu haltenden Lehrlingszahl wendet sich e, obgleich er dabei sich an die falsche Adresse wendet. Wir empfehlen ihm, einmal die Bestimmungen der heftigen Handwerkerkammer nachzulesen. Daß e von der Sache, über die er zu schreiben sich unterfängt, auch nicht das geringste versteht, beweist, daß er den Lesern der „Offenbacher Ztg.“ die Festsetzung der Mindestlöhne als etwas ganz Neues aufsticht.

Die Zahlung des vollen Arbeitstages auch ohne Arbeitsleistung hat es dem e angetan. Dabei unterschlägt er, daß Bezahlung nur dann zu erfolgen hat, wenn der Arbeiter sich dem Unternehmer zur Verfügung gestellt hat oder wenn er wegen Kontrollverammlung usw. nicht mehr als drei Stunden Arbeitszeit veräußert

hat. Nebenbei Bestimmungen, die schon seit 1905 gelten und auch dem § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechen.

Wie oben schon gesagt, scheint der Artikel in „Luxus und Bedarf“ aus derselben Feder geflossen zu sein, nur sind die Darstellungen noch flöbiger. Die Forderungen der Arbeiter sind unglaublich. Die Führer der Arbeiterorganisationen haben diesmal einen Reford aufgestellt. Die Arbeiterschaft selbst denkt gar nicht daran, derartige, für die Fabrikanten vollständig unannehmbare Bedingungen aus sich selbst heraus aufzustellen.“ Woher weiß denn „Luxus und Bedarf“ dies so genau? War ihre Schriftleitung in den Werkstattbesprechungen der Arbeiter oder hat sie gar die Arbeiter, speziell die Heimarbeiter aufgesucht, und haben diese gesagt, daß sie nicht das wollen, was im Entwurf gefordert wird? Wenn „L. u. B.“ nur Phantastengebilden nachhängt, so ist ihr nicht zu helfen, aber nötig hat sie es nicht. Sie braucht ihren Mitarbeiter nur auf die Dörfer zu schicken, der wird bald erfahren, wieviel mehr die Arbeiterschaft verlangt, um nur die durch die Lebensmittelerhöhung verursachten Ausgaben wieder wettzumachen. Daher wird die Aufhebung der Klassen gegen ihre Führer nichts nützen. Denn als etwas anderes wie eine Hege sind doch folgende Ausführungen nicht zu deuten: „So sind z. B. die Forderungen bezügl. der Heimarbeiter überhaupt undiskutierbar. Sie verfolgen auch weniger den Zweck, die Lage der Heimarbeiter zu verbessern, als die Heimindustrie zu unterbinden und die in ihr beschäftigten Arbeiter in die Fabriken zu treiben. Und warum das? Damit die sozialdemokratischen Organisationen ihre Mannen besser zusammenhalten können, und damit vor allen Dingen diejenigen Heimarbeiter, die ihr noch nicht angehören, in ihre Reihen getrieben werden.“ So falsch nun diese Behauptung ist, so alt ist sie auch. Denn im Bericht der Offenbacher Handelskammer vom Jahre 1902 wird auf Seite 65 ähnliches gesagt. Dies war zu einer Zeit, als sie es noch für gut hielt, sich gegen die Versicherungspflicht der heimarbeitenden Portefeuller zu wenden. Es heißt dort: „Die Sozialdemokratie und insbesondere die ganze Gewerkschaftsbewegung der Arbeiter stehen in ausgesprochener Gegnerschaft gegen die Hausindustrie und betreiben mit allen

Ostern.

Der Name dieses Festes gibt, wie Weihnachten, zu manchen anregenden sprachlichen Betrachtungen Anlaß, um so mehr, als es auch den Sprachforschern nicht geringes Kopfzerbrechen bereitet hat. Daß er germanischen Ursprungs ist, steht fest; ebenso, daß er erst später von der Kirche mit dem Fest der Auferstehung Christi verbunden worden ist. Aber was ist es um jenen germanischen Mythos? Und wie hat man sich den eigentümlichen Sprachgebrauch des Wortes in Einzahl und Mehrzahl, im weiblichen und männlichen Geschlecht, mit und ohne Geschlechtswort (zu Ostern, die Ostern, das Ostern, tröstliche Ostern, diese Ostern und nächste Ostern) zu erklären?

Einige (so noch Paul, Wörterbuch 1908) gehen, wie bei Weihnachten, von der Mehrzahlform aus und nehmen einen mittelhochdeutschen Ausdruck zu den ostern an, da etwähnlich das christliche Osterfest früher vier, von 1000 an drei Tage dauerte; erst nachher sei das Wort in der angegebenen Weise auch in der Einzahl gebraucht worden. So heißt es z. B. bei Luther: Der Juden Ostern waren nahe. Joh. 2, 13. Daneben in der Einzahl: mittelhd. ostern di, nu schierst dume; das ostern was nahen; Ihr wißt, daß nach zweien Tagen Ostern wird. Matth. 26, 2 (Luther). Außerdem erscheint die Form Oster (ohne n): althochdeutsch ostara, mittelhochdeutsch oster (Mehrzahl: ostarum, osteren), neuhochdeutsch nur in Zusammensetzungen: Ostermesse, Osterlamme usw., angelsäch. easter, neuengl. Easter.

Aber schon die angeführten Beispiele zeigen, daß die uns zugänglichen Belege für die Einzahl weiter zurückreichen als die für die Mehrzahl. Und

da scheint der bekannte Wortforscher Friedrich Kluge mit einer feinsinnigen Vermutung uns auf einen gangbaren Weg gewiesen zu haben. Schon der angelsächsische Gelehrtschreiber Beda hat das Wort eosturmonath auf eine germanische Göttin Eostre zurückgeführt, deren Fest in jenem Monat (April) begangen worden sei. Im Althochdeutschen würde sie den Namen Ostara getragen haben, doch wird sie sonst nirgends erwähnt. Deshalb haben viele Forscher sie ganz verworfen. Allein Kluge weist darauf hin, daß diese Göttin in der römischen Aurora (Morgenröte, vgl. Osten), der griechischen Eos, der indischen Ushas ihre Gegenstücke hat; Lautlehre und Wortbildungslehre gewährleisten hier den Zusammenhang. Hillebrand hat außerdem nachgewiesen, daß die indischen Vohogänge auf die Morgenröte dort einen festen Platz in der Frühlingsfeier eingenommen haben. Warum sollte das in der altdeutschen Mythologie nicht ebenso gewesen sein?

Eine Schwierigkeit wäre nur noch die, daß dann der Name der Göttin im Germanischen zugleich das Fest bezeichnet hätte. Das finden wir aber sonst nirgends (vgl. die lateinischen Ableitungen Saturnus — Saturnalia, Bacchus — Bacchanalia). Das hat nun Kluge auf die geistvolle Vermutung geführt, daß die Form ostarum gar nicht Mehrzahl, sondern eigentlich Wesfall (Genitiv) der Einzahl war (wobei „Festtag“ oder „Festtage“ zu ergänzen wäre). Die erwähnten Mehrzahlformen wären dann nur durch Anlehnung an „Weihnachten“ zu erklären. So wäre das Fest der Ostara, der Morgenröte, d. h. des erwachenden Tages, und des Frühlings, d. h. der erwachenden Natur, im christlichen Sinne zum Fest der Wiedergeburt des Heilands geworden. Ein wissenschaftlich unanfechtbares Ergebnis wird sich

freilich bei der lüdenhaften Uebersetzung hier so wenig wie in vielen anderen Fällen der deutschen Namenforschung erzielen lassen.

(Sprache des Allg. Deutschen Sprachvereins.)

„Bei den Arbeitern sind die Beiträge für die Partei und die Gewerkschaft recht eigentlich produktive Ausgaben. Starke Gewerkschaften und eine große Zahl Arbeitervertreter in der Stadtverordnetenversammlung und in den Parlamenten ist das sicherste Mittel, um gute Arbeitsbedingungen, geringere Kommunalsteuern, reichliche Unterstützung in Notfällen und eine günstige Gestaltung der Reichsversicherungsordnung, der Gewerbeordnung usw. durchzusetzen. Die Opferwilligkeit der Arbeiter ist also genau genommen nicht Idealismus, sondern gesunder Egoismus.“ (Ausegung des Gewerbegerichts-Vorstandes Dr. R. Fleisch, Mitglied des preussischen Abgeordnetenhauses.)

„Alle vorurteilslosen Beobachter stimmen darin überein, daß für die Erziehung der Arbeiter zu selbständigen Männern und freien, gleichwertigen Bürgern nichts so viel geleistet hat als die Gewerkschaftsbewegung.“ Professor Dr. S. Gerber.

Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.

Kommunistisches Manifest.

Kollegen, Kolleginnen!

Bis zum 15. April d. J. müssen die Fragebogen zwecks statistischer Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgefüllt und an die zuständige Ortsverwaltung zur Weiterführung an den Zentralvorstand abgegeben werden.

Niemand darf die Ausfüllung der Fragebogen verweigern!

Witteln den Eintritt der Hausgewerbetreibenden in die Fabriken, um sie besser ihrer Produktivität unterwerfen zu können."

Die Herausforderung einer Gegnerschaft der Arbeiter und der gewerkschaftlichen Organisation hat damals nicht und wird trotz "Luxus und Bedarf" auch in Zukunft nicht verlangen. Die Portefeuller und Reiseartikelhändler haben nur zu deutlich am eigenen Leibe verspürt, wer sie bedrückt und von wo sie Hilfe erwarten dürfen. Da nützen alle demagogischen Kunststücke nichts. Die Heimarbeiter stehen zu 90 Proz. in einer Kampfesfront, um geeint und geschlossen ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Sie preisen auf ihr Selbstbestimmungsrecht, das ja nur ein Recht ist, sich ausbeuten zu lassen. Sie leisten Verzicht auf ein Recht, nach welchem sie selbst bestimmen, wie früh sie mit der Arbeit beginnen und wie spät in der Nacht sie diese beenden können. Gewiß bestimmen sie selbst, daß ihre eigenen Kinder im zartesten Alter, ihre Ehefrauen, jeder Lebensfreude bar, mitarbeiten müssen, nur um den Kampf ums Dasein recht, aber sehr schlecht zu führen. Mit Freuden würden die Heimarbeiter die Stunde begrüßen, die ihnen solche Selbstbestimmungsrechte raubt. Die Drohung, die Fabrikanten werden unter keinen Umständen einen Eingriff in die Gewerbefreiheit dulden, schreckt niemanden. Denn wir lassen jedem seine Freiheit, soweit sie keine Bedrängung eines anderen ist. Wenn aber die Gewerbefreiheit identisch mit dem Recht der Ausbeutung der arbeitenden Klasse sein soll, so werden die Arbeiter sich energisch zu wehren wissen.

"Auch die übrigen Forderungen, wie z. B. Gewährung von Sommerurlaub an Arbeiter, die ein Jahr in derselben Fabrik tätig sind, lassen sich nicht erfüllen, denn es wäre unmöglich, dann einen geordneten Betrieb aufrechtzuerhalten. Weiß "Luxus und Bedarf" nicht, daß es Betriebe im Deutschen Reich gibt, deren Personal nach Hunderttausenden zählt und das ein Anrecht auf Sommerurlaub hat, ohne die Ordnung des Betriebes zu gefährden? Weiß "Luxus und Bedarf" nicht, daß schon in einigen Offenbacher Lederwarenfabriken für die Arbeiter Sommerferien eingeführt sind und daß die Fabrikbesitzer sich sehr lobend über den Erfolg dieser Einrichtung ausgesprochen haben? Alles dies braucht "Luxus und Bedarf" nicht zu wissen, denn es geht ja gegen die Arbeiterschaft, die endlich fühlt, daß auch sie ein Recht hat, auf kurze Zeit auszuspannen, um Anregungen entgegenzunehmen, neue Kräfte für das Erwerbsleben zu sammeln. Ja, wer Kaufmann, Beamter oder gar Zeilenschinder für "Luxus und Bedarf" ist, der hat so viel gearbeitet, daß er 8 oder 14 Tage ruhen muß. Aber Arbeiter, die tagsüber in schlecht ventilierten Räumen anhalten und aufreibend tätig sein müssen, die brauchen keinen Urlaub, ihr Fernbleiben stört die Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes. Wenn der Urlaub daran schuld sein soll, wie er es nicht ist, so würde damit bewiesen werden, wie überflüssig manche Personen, auch Mitarbeiter einiger Fachzeitschriften sind, denn ihr Urlaub stört den Redaktionsbetrieb gewiß nicht.

Das Märchen, die weitere Verteuerung der Arbeitslöhne drücke die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie herab, muß auch hier wieder ihnen sitzenden Arbeiter zu warnen.

Des öfteren hatten wir schon Gelegenheit, darzustellen und zu beweisen, daß eine für alle

Betriebe geltende Lohnerhöhung die Konkurrenzfähigkeit auch nicht im geringsten beeinträchtigt. Tägliche Manipulationen, wie sie verschiedene Lederwarenfabrikanten treiben, die Waren für Preise auf den Markt bringen, die jeder Beschreibung spotten, sind geeignet, den guten Ruf der Lederwarenindustrie zu untergraben. Die Erhöhung des Arbeitslohnes für eine Tasche von 60 auf 66 Pf., die einen Fabrikationswert von 3 Mk. hat, im Laden aber nicht unter 6 Mk. verkauft wird, hat noch niemanden geschadet. Wenn die Existenzmöglichkeit erschwert worden ist, so möge die Fabrikantenvereinigung sich einmal ihre Mitglieder ansehen, und bei einigermaßen gutem Willen wird sie bald die Marodeure herausfinden, die mit anderer Leute Geld wirtschaften, Taschen im Wert von 60 Mk. pro Duzend für 30 Mk. an Warenhäuser verkaufen, und so die Industrie auf den Hund bringen.

Angesichts solcher typischen Zustände wagt man, den Arbeitern vorzuwerfen, ihre Forderungen sind geeignet, die Konkurrenzfähigkeit der Industrie zu beeinträchtigen. Was Teufel! Nicht aus Uebermut stellen die Arbeiter Lohnforderungen, sondern aus dem Druß heraus, in den sie durch die jetzige Reichstagsmehrheit hineingekommen sind. Diese allein ist es, die durch ihre Politik die Arbeiterschaft anspornen, auf dem Posten zu sein. Denn eine Belastung durch indirekte Steuern im Betrag von 94 Mk. pro Kopf, das sind jährlich 442 Mk. auf den deutschen Durchschnittsfamilienhaushalt von 4,7 Köpfen, kann die Kollegenschaft ohne Lohnerhöhung nicht tragen. Wie sehr die Arbeiterschaft unter der Teuerung zu leiden hat, sagt uns ebenfalls das vom Deutschen Reich herausgegebene "Reichsarbeitsblatt", welches in seinem letzten Heft feststellt, daß der Fleischkonsum im Jahre 1910 für eine Durchschnittsfamilie um 13 Pfund gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Wohlhabende Familien werden sich auch hier nicht haben einschränken müssen, so daß der gesamte Ausfall Arbeiterfamilien mit 20 Pfund pro Jahr betrifft.

Diese Hinweise sollen für heute den Herren Lederwarenfabrikanten genügen, damit sie wissen, bei wem sie sich zu bedenken haben, dabei können sie auch der ungünstigen Handelsverträge gedenken. Würden Gesetze zustande kommen, wie sie die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie wünschen, die Arbeiter brauchen dann gewiß nicht um jeden Pfennig Lohnerhöhung zu feilschen oder gar einen Kampf, mit Streiks und Aussperrungen im Gefolge, zu führen. Dann wären die Lebensmittel weit billiger, der Absatzmöglichkeit aller Industrieerzeugnisse stände ein weites Feld offen.

So bedauerlich es ist, daß Leute sich in wirtschaftliche Kämpfe mischen, von denen sie absolut nichts verstehen und damit nur die Verhandlungen der direkt Beteiligten stören, so hielten wir es doch für angebracht, die scharfmacherischen Goldschreiber auf die schmutzigen Finger zu klopfen. Den Arbeitern wollen wir aber zurufen: Seht Euch diejenigen an, die unter freundschaftlicher Maske Mißtrauen gegen die von Euch gewählten Funktionäre und Lohnkommissionen säen wollen! Schließt fester denn je die Reihen, verteidigt Eure im Vertragsentwurf enthaltenen Forderungen und bringt sie zur Durchführung.

Die Neuzerungen feindlicher Pressorgane sind geeignet, unsere Augen offen zu halten, aber nicht geeignet, uns von dem Bestreben abzubringen, den Vertrag ohne Streik unter Dach zu bringen.

Diesmal handelt es sich nicht um bloße Lohnerhöhungen. Diesmal soll und muß Vorsorge getroffen werden, den notorischen Tarifverlegern ein Gesetz aufzuerlegen, das ihnen unmöglich macht, zum Schaden der ehrlichen Kontrahenten und des Aufsehens der Industrie ihr Treiben fortzusetzen. Die Kollegenschaft hat nur zu gut erkannt, daß im Zwischenmeisterystem die Wurzel alles Übels liegt. Hier wird diesmal die Art angelegt. Nicht daß die Zwischenmeister existenzlos gemacht werden sollen, nein, wenn sie den Tarif anerkennen, seine Bestimmungen ausführen und die Fabrikanten resp. deren Organisationen Garantien übernehmen, daß nur solche Zwischenmeister beschäftigt werden dürfen, die diesen Vorschriften nachkommen, dann wird auch gegen die vorhandenen Zwischenmeisterbetriebe eingewendet. Nach den Aussprüchen einiger maßgebender Fabrikanten will man dieser notgedrungenen Forderung nicht nachkommen. Darum wird der größte Kampf dieser Forderung gelten. Ohne solche Verpflichtung kann kein Vertrag zustande kommen, mögen ganze Borden e (sel) oder anderer Langohren sich in ihren Pressorganen dagegen wenden.

So groß auch unsere Friedensliebe ist, so sehr wir auch bestrebt sein werden, einen offenen Kampf zu vermeiden, größer noch ist das Selbstbewußtsein, die Selbstachtung der Kollegenschaft, weshalb sie alle geeigneten Mittel anwenden wird, um den einmütig gestellten Forderungen zum Siege zu verhelfen.

Sitzung der Schlichtungskommission für das Portefeulles- und Reiseartikelgewerbe in Offenbach a. M.

Im Gebäude der Großherzogl. Handelskammer zu Offenbach tagte am Mittwoch, den 29. März, wieder einmal die Schlichtungskommission, um vier Klagen gegen drei Fabrikanten zu erledigen. Leider mußte wegen Abwesenheit eines beklagten Fabrikanten die schwerwiegendste Sache abgetrennt werden und vertiel so wieder einmal der in der letzten Zeit üblich gemordenen Vertagung. Die Besetzung der Schlichtungskommission war folgendermaßen: Von den Arbeitern waren die Weißer Jung und Rehmel, von der Fabrikantenvereinigung die Herren Fischer und Rosenthal als Weißer erschienen. Als Vertreter der Arbeiterorganisation fungierten die Kollegen Wurm und Höf, von der Arbeitgeberorganisation waren noch anwesend die Herren Dr. Graab und Fabrikant Förder. Den unparteiischen Vorsitz führte wie immer Herr Regierungsassessor Dr. Schneider.

Die Firma J. Lichtenfels zahlte an eine Arbeiterin sowie an ihre Belehrlinge nicht den im Vertrage festgesetzten Lohn. Durch gütliche Verhandlungen zwischen der Organisationsleitung und der Firma hatte sich letztere zwar dazu verstanden, allen nach dem 1. Juli 1908 eingetretenen Belehrlingen die tarifliche Entschädigung zu zahlen, hielt sich dazu aber nicht verpflichtet bei einem Belehrling, der schon vor diesem Zeitpunkt eingetreten war. An die Arbeiterin glaubte die beklagte Firma deshalb den Lohn nicht zahlen zu müssen, weil sie die Arbeiterin als Zuschneiderin eingestellt habe, nachdem diese vorher in einer anderen Fabrik zumeist als Waderin beschäftigt gewesen sei. Sie habe also noch lernen müssen und könne demzufolge unter die Ausnahmestimmungen für Minderleistungsfähige fallen. Die Schlichtungskommission konnte sich dieser Auffassung nicht anschließen und war im Gegenteil einstimmig der Meinung, daß die einzelnen Berufsgruppen bezw. Unterbranchen in der Portefeulles- und Reiseartikelindustrie bei der Mindestlohnfrage nicht in Betracht kommen können. Der Vertrag spreche nur von Arbeiterinnen im allgemeinen und seien auch die Löhne je nach der Dauer der Berufstätigkeit in der Industrie überhaupt nach dem Tarifvertrag zu bemessen. Die Firma war

Verbandsmitglieder! Die Frühjahrsagitation hat unserm Verband einen großartigen Mitgliederzuwachs gebracht: 13000 Berufsgenossen und -genossinnen haben sich um unsere Fahne geschart. Unser nächstes Ziel sind 14000 organisierte Sattler, Portefeuller und Arbeiterinnen. Tue jeder seine Pflicht, damit unsere Erwartungen recht bald erfüllt werden!

demzufolge zur Zahlung des vollen Lohnes verpflichtet, was sie nach dieser Deduktion auch einfach und sich bereit erklärt, an die Arbeiterin den Betrag von 88 Mk. nachzugeben. — Bezüglich des Lehrlings liegt die Sache nicht so einfach und entspannt sich eine längere Diskussion über die Frage, ob die neben dem eigentlichen Tarifverträge einberufenen und erst längere Zeit nach dem Vertragsabschluss herausgekommenen Lehrlingsbestimmungen auch für solche Lehrlinge, deren feste Lehrlingsverträge schon vor dem Tarifverträge abgeschlossen wurden, Anwendung finden könnten. Von den Organisationsvertretern wurde dabei geltend gemacht, daß mit dem Abschluß des Tarifvertrages am 1. Juli 1908, laut § 13 des Vertrages, alle diesem entgegenstehenden Bestimmungen im Arbeitsverhältnis durch eben diese vertragliche Vereinbarung aufgehoben waren, während die Herren Arbeitgeberbesitzer der gegenseitigen Auffassung sind. Sie vertreten den Standpunkt, daß die in den vor dem 1. Juli 1908 mit den gesetzlichen Vertretern der Lehrlinge abgeschlossenen Lehrverträge vereinbarten Entschädigungssätze für die ganze Dauer der Lehrzeit dann maßgebend seien, ohne Rücksicht auf die später geschaffenen tariflichen Lehrlingsbestimmungen. Ein Vermittlungsvorschlag des Herrn Dr. Graab wurde schließlich angenommen, der dahin geht, den Lehrlingen die zwischen der erhaltenen und tariflichen Entschädigung bestehende Differenz vom 1. Januar 1910 ab nachzugeben.

Die Firma H. Scheffel, die wegen einer gleichen Sache vor der Schlichtungskommission erschienen mußte, fügte sich diesem Spruche erst nach eingehender Rechtsbelehrung durch den Geschäftsführer der Fabrikantenvereinigung Herrn Dr. Graab, der ihm klarmachte, daß sowohl die Mitglieder der Arbeiterorganisation als auch die Herren Fabrikanten und Vereinigungsmitglieder sich dem Spruche der Schlichtungskommission als vertragliche Instanz zur Entscheidung von Streitigkeiten zu unterwerfen haben. Gekerkert errege noch die Befürchtung des Herrn Fabrikanten Scheffel, daß ihm die Väter der beiden Lehrlinge die nachzugebenden Beträge von je 65 Mk. gar nicht abnehmen würden, eine Befürchtung, die jedoch von keinem der Anwesenden geteilt wurde.

Auch die Firma J. Lichtenfels erklärte sich nach obiger Entscheidung zur Zahlung der Differenz vom 1. Januar bis 1. Mai 1910 an den Lehrling bereit. Von da an hat der Lehrling den tariflichen Lohn ohnehin schon erhalten.

Zur Erledigung der vertragenen Klage gegen die Firma J. Schuh soll in aller Kürze noch eine Sitzung anberaumt werden, um einer Verschleppung dieser Sache bis zum Ablauf des Tarifvertrages unter allen Umständen vorzubeugen. Können Herr Schuh zum nächsten Termine nicht erscheinen, so habe er einen bevollmächtigten Vertreter zu entsenden.

C. H.

Streiks und Lohnbewegungen.

Daanover. In den hiesigen Wagenfabriken herrschten bisher wohl noch die schlechtesten Arbeitsbedingungen, wurden doch hier neben zehnstündiger Arbeitszeit eine Anzahl Ueberstunden ohne jeden Aufschlag gemacht, bloß um bei den niedrigen Löhnen das Dasein fristen zu können. Seit Jahren bemühen sich die Organisationen, andere Arbeitsbedingungen zu schaffen, ohne nennenswerte Erfolge erzielen zu können. Wüßter standen immer noch ein groß Teil Arbeiter der Organisation fern. Die Arbeitgeber verstanden immer wieder, die wenigen Organisierten aus ihren Betrieben zu verdrängen; allen voran Herr Hofwagenfabrikant J. J. Isob, der wohl den größten Betrieb hat, aber die niedrigsten Löhne zahlt. Im vorigen Jahre gelang es unserer Organisation, zuerst hier festen Fuß zu fassen. Als im letzten Herbst einige Kollegen Sonntags nicht arbeiten wollten, wurden sie kurzerhand entlassen. Der darauf folgende Streik mußte, da es dem Unternehmer gelang, genügend Arbeitswillige heranzuziehen, erfolglos abgebrochen werden. Vier Kollegen blieben auf dem Kampfplatze. Die Zeit vom Herbst bis jetzt wurde dazu benutzt, um unsere Organisation aus neue zu stärken, was uns auch vollständig gelang, so daß wir neuen Kämpfen ruhig entgegensehen konnten.

Mitte Februar d. J. traten die Organisationsleiter der in den Wagenfabriken beschäftigten Branchen zusammen, um ein gemeinsames Vorgehen herbeizuführen und so den Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen. Den fünf freien Gewerkschaften schloß sich auch der christliche Holzarbeiterverband an. Die Forderungen wurden gemeinschaftlich aufgestellt und in den einzelnen Betrieben von den hierzu gewählten Kommissionen überreicht. Für uns kam hauptsächlich die Firma Isob in Frage; sind hier doch über 100 Leute, darunter 16 Sattler, beschäftigt. Eine Kommission von fünf Mann, von jeder Organisation einer, überreichten hier die Forderungen nebst Begleitschreiben mit der Frage, ob Herr J. zu verhandeln bereit wäre. J. ist Mitglied des Arbeitgeberverbandes der Metallindustriellen. Trotzdem verhandelte er mit der Kommission und erkannte unsere Forderungen teilweise an. Folgende allgemeine Zugeständnisse wurden erzielt:

1. Verkürzung der Arbeitszeit von 60 auf 59 Stunden pro Woche.
2. Minimallohne für sämtliche Abteilungen. Für Sattler unter 19 Jahren 40 Pf. Stundenlohn, über 19 Jahre 45 Pf. Stundenlohn.
3. Für Ueberstunden bis 8 Uhr 10 Pf. Aufschlag. Für Ueberstunden nach 8 Uhr abends und Sonntags 20 Pf. Aufschlag pro Stunde.
4. Für Löhne, die durch diese Vereinbarungen nicht erhöht wurden, solle eine Erhöhung nach mündlicher Uebereinkunft stattfinden.

Für uns kamen hier noch 7 Kollegen in Betracht, welche 3 Pf. Zulage pro Stunde erhielten, so daß der Mindestlohn für Sattler zurzeit 43 Pf., der Höchstlohn 53 Pf. beträgt.

Man sind nicht alle Forderungen bewilligt worden, doch können wir mit dem Erfolge immerhin zufrieden sein. Unsere Kollegen erhalten Zulagen von 3-8 Pf., im Durchschnitt 4 Pf. pro Stunde, sowie die Verkürzung der Arbeitszeit und Aufschläge für Ueberstunden. Man sieht auch hier wieder, daß durch die Macht der Organisation auch dem größten Scharfmacher Zugeständnisse abgerungen werden können, wenn nur die Feingebit da ist. Injere im Herbst erlittene Schlappe haben wir vollständig wieder ausgebebt, mögen wir nach Ansicht des Herrn Isob nun auch die größten Heber sein. Jedenfalls haben wir ihm den Beweis gebracht, daß uns ein Mißerfolg nicht von neuen Angriffen abhalten kann, sobald sich nur Gelegenheit dazu bietet.

In den übrigen Wagenfabriken wurden ähnliche Erfolge erzielt oder sind noch nicht zum Abschluß gekommen.

Ausland. In Zürich haben die im schweizerischen Verbands der Sattler und Leberarbeiter und die im christlichen Holzarbeiterverband organisierten Geschirrsattler dem Sattlermeisterverbände der Schweiz, Sektion Zürich, einen Tarifvertragsentwurf überreicht, nach welchem die tägliche Arbeitszeit auf 9 Stunden festgesetzt werden soll. Im allgemeinen wird eine zehnprozentige Lohnerrhöhung gefordert, die Mindeststundenlöhne sollen im ersten Jahre nach der Lehre 52, im zweiten 58 und im dritten Jahre nach der Lehre 62 Rappen betragen. Montagarbeiten innerhalb der Stadt sollen mit 50, außerhalb mit 100 Rappen, bei größeren Entfernungen mit Nachtlohn 2,50 Frank vergütet werden. Akkordarbeit, Kott und Logis beim Weisser sind abzuschaffen. Der Tarif soll am 1. Mai 1911 in Kraft treten und dauert bis zum 31. März 1912.

Die Sattlermeister wollen es anscheinend auf einen Kampf ankommen lassen, denn in ihrer letzten Verbandszeitung erlassen sie einen Aufruf, nach welchem alle Sattlermeister vom Kanton Zürich und Umgebung (auch Nichtvereinsmitglieder) dringend erucht werden, bis auf weiteres keinen Arbeitsvertrag zu unterzeichnen und bei einem allfälligen ausbrechenden Streik die genauen Namen aller streikenden Arbeiter sofort dem Vorstände des kantonal zürcherischen Sattlermeistervereins mitzuteilen.

Es verzieht sich am Rande, daß die deutsche Kollegenchaft Zürich so lange weidet, bis die Tarifbewegung ihren Abschluß gefunden hat.

Aus Industrie und Handel.

Statistisches vom Automobilverkehr 1910. Der Bestand an Kraftfahrzeugen im Deutschen Reich am 1. Januar d. J. hat nach der amtlichen Statistik wieder einen erheblichen Zuwachs erfahren; er stieg bei den vorzugsweise zur Personenbeförderung dienenden Fahrzeugen auf 53 478 gegen 46 922 im Vorjahre. Die Zunahme beträgt also 6556 oder 14 Proz. Dagegen haben die Krafträder mit einem Bestand von 20 584 eine Abnahme gegenüber dem Jahre 1909 um 1699 Stück zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der vorzugsweise zur Lastenbeförderung dienenden Kraftfahrzeuge ist von 3019 auf 4327 gestiegen, das bedeutet eine Zunahme von 43 Proz. Der Rückgang der Motorräder in dieser Gruppe von Fahrzeugen ist verhältnismäßig noch erheblicher, er betrug 38 Proz. Im Dienst öffentlicher Behörden fanden Verwendung im ganzen 585 Kraftfahrzeuge zur Personenbeförderung und 270 zur Lastenbeförderung.

Aus der Lederwarenindustrie. Auf der letzten Leipziger Ostermesse bildete die Damenfasche den Hauptbedarfsartikel aller Lederwarengeschäfte. Sogar alte Muster, die schon längst zur Ramschware gehören, wurden gekauft. Auch in Reifartikeln war das Geschäft betriebend. Während das Geschäft mit Süd- und Nordamerika, Frankreich, Skandinavien und Rußland als gut bezeichnet werden kann, das deutsche Geschäft sich ziemlich günstig anlieh, ließ das mit England viel zu wünschen übrig. Während die an „Luzus und Bedarf“ eingegangenen Berichte durchweg günstig für die Zukunft lauten, ist „Hüte und Leder“ sehr pessimistisch gestimmt. Hier heißt es:

Die Ostermesse in Leipzig hat in Lederwaren ein recht erfreuliches Geschäft mit sich gebracht, das sich allerdings weniger auf Portefeulleswaren erstreckte. So sind denn auch, wie aus Offenbach gemeldet wird, von der Messe aus keine besonders großen Orders an hiesige Fabrikanten gegeben worden, und da das Geschäft in Lederwaren im allgemeinen so schlecht wie seit Jahren nicht war, so sieht man eine Reihe schlechter Monate voraus. Infolgedessen wird mit dem Fertigstellen neuer Muster früher als sonst, und zwar schon im April, begonnen werden. Zu der ungünstigen Geschäftslage in der Taschenfabrikation trägt die Tatsache bei, daß zurzeit Samttaschen ziemlich stark verlangt werden, was allerdings als eine vorübergehende Erscheinung angesehen wird. In den wenig günstigen Verhältnissen im Offenbacher Lederwarengeschäft kommt schließlich auch noch die Unsicherheit am Arbeitsmarkt. Die Arbeiter haben nämlich für den nächsten Monat in Aussicht gestellt, mit neuen Lohnforderungen an die Fabrikanten heranzutreten. Alles das drückt dem Geschäft einen wenig erfreulichen Stempel auf.

Vom Ledermarkt. Nach den letzten Berichten war das Geschäft in Portefeullesleder wenig lebhaft. Die unsicheren Arbeitsverhältnisse (gemeint ist die Tarifbewegung) sollen den Markt beeinflussen. In verschiedenen Betrieben Offenbachs wird mit verkürzter Arbeitszeit gearbeitet, manche Lederwarenfabriken setzen sogar halbe und ganze Tage aus. Am meisten wurden noch prima Saffian und Lackleder verlangt. — In Verbedieder ist das Geschäft sehr lebhaft, so daß einzelne Orders nicht prompt ausgeführt werden konnten. Besonders in kleinen Taschen besteht vollständiger Mangel am Material. Von Geschirrlleder blieben schwarze, und zwar solche von den mittleren Preislagen, am meisten gesucht; braune und farbige fanden weniger leicht Abnehmer, so daß das Gesamtgeschäft nur als ein mittelmäßiges bezeichnet werden muß. Für Klauenleder machte sich etwas mehr Interesse bemerkbar, auch Transparenz- und Fetigartleder durften sich eines ziemlichen Zuspruches erfreuen. In Raschennriemen-Gruppen hat sich das Geschäft in den letzten Tagen belebt. Speziell leichte Ware, nicht über 4 Millimeter, ist bevorzugt. Wäre darin Angebot gewesen, so hätten in den letzten Tagen noch mehrere tausend Stück placiert werden können. Durch die verstärkte Nachfrage profitieren mittelstarke Sorten, während ganz starke Leder nur vereinzelt begehrt sind. Die Treibriemensfabrikation ist stark beschäftigt.

Korrespondenzen.

Vieltefeld. (C. 3. 4.) Bekanntlich bestanden bis jetzt in Vieltefeld nicht die besten Verhältnisse. Von durchreisenden Kollegen ist darüber viel gesagt worden. Die Verhältnisse haben sich schon manchenmal das hiesige Gewerkschaftsblatt beschäftigt und schon manches Projekt ist als unmöglich verworfen worden. Nun endlich ist es gelungen, diesem Mangel abzuhelfen. Unter erheblichen Aufschüssen vom Kartell ist es gelungen, einen Wirt zu bewegen, sein Gasthaus zu einer modernen Zentralherberge umzubauen. Wir können jetzt in Runkel Herberge mit anderen Städten konkurrieren. In hellen luftigen Räumen sind gute Betten aufgestellt, Bäder- und Desinfektionseinrichtungen sind geschaffen und auch für preiswerte Speisen und Getränke hat man den Wirt verpflichtet. Der Preis des Uebernachtens beläuft sich auf 50 Pf. inklusive Morgentasse mit Bröckchen. Ein Brausebad kostet etwa 5 Pf. Um das Unternehmen möglichst lukrativ zu stellen, wird bei Auszahlung der Unterbringung der Verzug für die Schlafmorgen in Abzug gebracht. Durch diese Zeiten soll den reisenden Kollegen die letztere Maßnahme begreiflich gemacht werden. M. M.

Aus anderen Organisationen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband hat im Jahre 1910 eine noch nie vorher verzeichnete Mitgliederzunahme (90.067) erfahren, so daß am Schluß des Jahres 454.016 Mitglieder, darunter 23.672 weibliche und 13.355 jugendliche, gezählt wurden. Die Reineinnahme beläuft sich auf 12.166.076 Mk. Der Verband verfügt über 7 1/2 Millionen Mark Gesamtvermögen.

Für Unterstützungen wurden aus der Hauptkasse gezahlt: Heilgeld 291.264,69 Mk., Langzeitunterstützung 98.787,93 Mk., Krankenunterstützung 2.745.838,73 Mk., Arbeitslosenunterstützung 1.536.318,11 Mk., Unterstützung bei Haftregelungen 149.500,00 Mk., Unterstützung in besonderen Fällen 58.687,55 Mk., Sterbegeld 88.247 Mk., Rechtschutz 43.471,36 Mk., Streifenunterstützung 2.803.476,40 Mk., zusammen 7.815.592,17 Mk.

Der Verband hatte im Berichtsjahre 1370 Wohnbewohner zu führen, unter denen sich obererliche Kämpfe befanden. Es sei nur einem an die Werftarbeiterbewegung, die 1 1/2 Millionen Mark kostete, an die Kämpfe in Hagen-Schmelm, Menschheid und Forstheim, die ebenfalls bedeutende Summen erforderten. Der Zimmererverband zählte am Schluß des Jahres 1910 54.548 Mitglieder in 718 Verwaltungsteilen gegen 2232 in 19 Verwaltungsteilen im Jahre 1883. Der Verband der Gemeinbedienten vermehrte im Jahre 1910 seine Mitglieder von 32.488 auf 39.262, also um 6774 = 20,85 Proz. Am Schluß des 4. Quartals 1910 zählte der Deutsche Buchbinderverband 15.205 männliche und 13.468 weibliche, gegen das Vorjahr eine Zunahme von 4790 Mitgliedern. Von den 9184 Mitgliedern des Tapeziererverbandes sind 6475 länger als 52 Wochen organisiert. Im vorangegangenen Jahre haben die Bäcker und Konditoren in ihrer gewerkschaftlichen Organisation einen erfreulichen Fortschritt zu verzeichnen. Nach dem vorliegenden Jahrbuch für 1910 waren am Jahreseschluß in 118 Abteilungen und 20 Orten mit Vertrauensmännern 23.093 Mitglieder inkl. 3061 weiblichen vorhanden, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 2743, davon 1000 weibliche, bedeutet. Den Einnahmen von 718.806 Mk. inkl. 214.210 Mk. Kassenbestand stehen 485.987 Mk. Ausgaben gegenüber. Das Verbandvermögen beträgt 232.819 Mk. Von den Ausgaben wurden für Unterstützungen 187.473,95 Mark verwendet. Der Proletarier, Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter, konnte im Vorjahr seine Auflage von 150.000 auf 175.000 Exemplare vermehren.

Weil sie sich den freien Samstagnachmittag nicht rauben lassen wollen, wurden am 3. April in Post- u. 5000 Weber und Weberinnen ausgesperrt. Auf diese Weise will man den Arbeitern ein Recht nehmen, das sie seit langem haben, sich aber nicht nehmen lassen wollen. In Frankfurt a. M. kreifen 180 Möbeltransportarbeiter. In der „Liftenbacher Zeitung“ werden nichtorganisierte Packer usw. gesucht, hoffentlich ohne Erfolg. In Posen befinden sich 200 Expeditionsführer und -arbeiter im Streik, weil die Unternehmer es ablehnen, 20-21 Mk. Wochenlohn zu zahlen. Soldaten vom 6. Infanterieregiment und von den reitenden Jägern sind als Streikbrecher abkommandiert. Wegen Nichtanerkennung des Tariffs sind die Tapezierer der Unterweiserorte (Leber-Bremethaden-Gemeinde) in den Streik eingetreten. In Berlin wurden Verhandlungen mit der Färberei eingeleitet, die jedoch resultatlos verliefen. Die Arbeiter sehen von einem Tarifabkommen ab und wollen die Forderungen im Kleinrieg durchsetzen. Die Hauptvorstände des Arbeitgebervereins

und des Arbeitnehmerverbandes für das Schneider-gewerbe traten in Frankfurt a. M. zu einer längeren Sitzung zusammen, die sich mit der Frage des neuen Vohntarifs für 46 Städte beschäftigte. Nach fünf-tägigen Verhandlungen wurde endlich eine Einigung erzielt. Nach dem neuen Tarif erhalten die Tag- und Wochenlöhner eine Zulage von 75 bis 100 Mk. im Jahre. Außergewöhnliche Arbeiten, die durch die Mode bedingt werden, haben eine bedeutende Erhöhung der Akkordsätze gefunden; auch die übrigen Positionen des Tariffs werden erhöht. Der 18 Wochen dauernde Streik in der Magister Waggonfabrik ist beendet, nachdem die Fabrikdirektion sich mit der Streikkommission über die hauptsächlichsten Differenzpunkte verständigt hat. Der Kampf im Damurger Holzgewerbe hat sich wesentlich verschärft, da die Holzindustriellen die Aussperrung sämtlicher Holzarbeiter beschlossen haben, wobei jedoch die Mitglieder des freien Holz-arbeiterverbandes zuerst an die Reihe kommen und die Kirch-Tandereichen noch geschont werden sollen, da die letzteren den Wünschen der Unternehmer weniger unpopulär gegenüberstehen. Von der Aus-sperrung werden, wenn sie vollständig durchgeführt wird, etwa 6000 Arbeiter betroffen. Und das alles, weil der Holzarbeiterverband auf Anerkennung der mit dem Arbeitgeberverband vereinbarten Vertragsklauseln besteht, was nach Ansicht des geistlichen Leiters der Hamburger Unternehmer den „Amin des Gewerbes“ bedeuten würde. Dieser Kampf hat ein ganz neues Mittel gegen das Streikpostensystem gezeitigt. Der Arbeitgeberverband hat den Polizeibeamten beauftragt, daß für jede Anzeige wegen Verletzung Arbeitswilliger durch Streikposten, wo der Täter gerichtlich belangt werden kann, eine Prämie von 25-50 Mk. durch den Schutzverband gewährt wird. Es wird sogar behauptet, daß bei der Parolenausgabe den Schutzleuten dieses mitgeteilt ist. An dem Kampfe der Chemiker Metallarbeiter sind 9500 Arbeiter beteiligt. Die Samtweber in Krefeld verlangen 10 Proz. Lohnerhöhung. In den Maschinenfabriken Brandenburg a. O. stehen die Metallarbeiter im Streik. In Hinblick auf eine Lohnerhöhung auf der Dortmunder „Union“ haben christliche Gewerkschaftsführer zu versichern, daß der Streik für sie nicht existiere und sie versuchen würden, ihre Arbeitslosen nach Möglichkeit auf der „Union“ unterzubringen. Auch bei dem Streik der gesamten Belegschaft der Feste „Glück auf Segen“ erklärte die gleiche Sorte von „Führern“, daß sie, wenn sie die Macht hätten, dem Streik das Genick brechen würden, und nur, um ihre Mitglieder während des Streiks nicht Mißhandlungen durch die freien Gewerkschaftler auszuweichen, würden sie an dem Streik teilnehmen lassen! Eine gute Auerede ist einen Raben wert, wenn auch damit Material zu einer Zuchthausvorlage geliefert wird.

Soziales.

Wegen die tendenziöse Hygieneausstellung zu Dresden hat sich ein bekannter Kulturgeschichtsforscher der von dem Ausstellungsamt unter Ueberlassung der in seinem Besitze befindlichen Bilder aus früheren Zeiten ersucht wurde, in sehr scharfer Beurteilung ausgesprochen und infolge des Konflikts des Ausstellungsamtes mit der Generalkommission der Gewerkschaften auch seine schon gegebene Zusage wieder zurückgezogen. Sein Abgabebrief ist ein Kulturdokument und verdient darum auch in unserem Organ für spätere Zeiten festgehalten zu werden. Es lautet in seinem wesentlichen Inhalte: „Nach Eintreffen Ihres Verzeichnisses der Bilder, die Sie aus meiner Sammlung für die hygienische Ausstellung wünschen, habe ich meinen Sekretär mit dem Herausuchen der Plätter beauftragt. Nun lese ich heute aber in den Zeitungen den Bericht über die Verhandlungen, die zwischen der Ausstellungsleitung und der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften stattgefunden haben und die zu dem Ziele führten, daß der den Gewerkschaften ursprünglich zugedachte Pavillon zur Veranstaltung einer Ausstellung über „hygienische“ Zustände der Fabrikarbeiter wieder verweigert worden ist. Diese Tatsache muß meiner Ansicht nach die Stellung jedes anständigen Menschen zu der hygienischen Ausstellung beeinflussen. Ausstellungen sollen doch nicht nur dazu da sein, das hohe Lob zu singen nach dem Thema: „Wie herrlich weit haben wir es doch gebracht“, sondern sie sollen vor allem das soziale Gewissen auf-rütteln und das Verantwortungsgesühl von Staat und Gesellschaft steigern. Und das gilt vor allem bei einer hygienischen Ausstellung, bei der wiederum die unhygienischen Lebensbedingungen des Proletariats obenan stehen müssen. Die unhygienischen Verhältnisse, unter denen das arbeitende Volk zu leben gezwungen ist, zu bessern, das sollte die Hauptaufgabe einer hygienischen Ausstellung sein. Wer über Macht und Besitz verfügt, gelangt von selbst zu den wichtigsten hygienischen Lebensbedin-

gungen, denn wer Geld hat, verfügt über genügende Erholungszeit und vor allem über genügenden Wohnraum. Wenn nun also eine hygienische Ausstellung sich dazu herbeiläßt, die Möglichkeit zu ver-hindern, die unhygienischen Lebensbedingungen der Vermitteln der Armen objektiv vorurteillos freilich augenfällig vorsetze darzustellen, so wendet sich ihr angeblicher Zweck in das direkte Gegenteil. Ver-lustchen des Verdammenswürdigen heißt in diesem Fall aber noch mehr, es heißt nichts weniger als: Billigen des entsetzlichen Elends, deshalb, weil auf diesem Elend eine lukrative Profitrate gewisser Kapitalistenkreise sich aufbaut. Ich kann unter diesen Umständen nicht umhin, Ihnen zu sagen, daß durch diesen Akt die geplante Ausstellung in meinen Augen in ihrer letzten Konsequenz geradezu zu einer Ausstellung für Unhygiene geteilt wird. Wer aber bei einer solchen Ausstellung mitmacht, und vor allem dann noch mitmacht, wenn er die Sachlage kennt, erklärt sich ohne weiteres solidarisch mit solchen Tendenzen. Bei mir aber würde dies meinem gesamten Leben und Streben ins Gesicht schlagen, und so überläßt mich ein Gefühl drennen-der Scham, wenn ich mir vorstelle, auch nur mit dem kleinsten Beiträge die Zwecke derer zu fördern, die den Armen nicht nur nicht helfen wollen, son-deru deren entscheidendes Los verheimlichen und da-durch auch zu bereinigen beitragen. Ich sehe mich also veranlaßt, meine Bereitwilligkeit, die von Ihnen in meiner Sammlung ausgewählten 300-400 Ob-jekte zur Verfügung zu stellen, zurückzuziehen. Auf diese wichtige Angelegenheit hat das Aus-stellungsamt noch den Mut gehabt, sein Ver-halten mit einem „berechtigten“ Druck der Regie-rung“ zu entschuldigen, womit die ganze Aufmachung der Ausstellung erst ins rechte Licht gerückt wird.

Auch der Deutsche Arbeiter-Abstinenz-Bund hat ebenso wie die Gewerkschaften und die Konsumvereine den Beschluß gefaßt, sich von der Ausstellung zurück-zuziehen, obgleich ihre weitgehende Verurteilung in der Sonder-Abteilung „Alkoholismus“ au-gezeigt worden war. Doch verzichtete der Bund auf die Beteiligung, um seine Solidarität mit den Ge-werkschaften darzutun.

Berechnungstabelle für die Invalidenrente.

Am nachstehenden geben wir unseren Kollegen auf Wunsch eine Berechnungstabelle der Lohnklassen I bis V der Invalidenrente, aufgestellt nach dem 4., 10., 15., 20., 25., 30., 35., 40., 45. und 50. Beitrags-jahre, und wollen wir orientieren dazu bemerken, daß es sich bei dieser Berechnung um vollgekletterte Karten ein und derselben Beitragsklasse handelt. Bei Karten, welche mit gemischten Marken, das heißt mit Beitragsmarken verschiedener Höhe besetzt sind, muß entsprechend eine höhere oder niedrigere Summe in Ansatz gebracht werden. Unter vier Beitragsjahren erwirbt bekanntlich niemand Anspruch auf In-validenrente. Will jemand auf die Zwischenjahre seine Rente berechnen, so nehme derselbe die Beitrags-Tabelle zur Hand und dividiere durch die Zahl 9, so bleibt der Rest die Summe für ein Jahr, und ent-sprechend gezugelt für 5, 6 und 7 weitere Jahre.

Table with 4 columns: Lohnklasse I, Lohnklasse II, Lohnklasse III. Rows show age groups (4-50) and corresponding pension amounts.

Table with 2 columns: Lohnklasse IV, Lohnklasse V. Rows show age groups (4-50) and corresponding pension amounts.

Rechtssprechung.

Ein deutscher „Fall Durand“. Den französischen Gewerkschaftsführer Durand, der von den Bourgeois- geschworenen von Rouen zum Tode verurteilt worden war, weil er schuld daran gewesen sein soll, daß ein Streikbrecher zu Tode geprügelt worden war, mußte der Präsident der französischen Republik unter dem Druck der öffentlichen Meinung begnadigen, und die Justiz wurde genötigt, dem Wiederaufnahmeverfahren zur Rehabilitierung Durands, der zweifellos unschuldig ist, stattzugeben. Das geschah in Frankreich. In Deutschland haben wir jetzt, was die Entwidlung des Falles“ anlangt, dasselbe zu verzeichnen. Das Ende wird aber wohl ein anderes bleiben. In einer Baustelle in Deutz war Streif ausgebrochen; organisierte und nichtorganisierte Arbeiter waren daran beteiligt. Der betreffende Unternehmer zog Streikbrecher heran. Also ein ganz gewöhnlicher Vorgang. Aber es traten in der Folge Ereignisse ein, die einen Landfriedensbruchprozess und schließlich die Verurteilung von 15 Angeklagten zu insgesamt 23 Jahren 2 Monaten Gefängnis herbeiführten. Seit der Verurteilung der Köblauer Arbeiter ist etwas ähnliches in Deutschland nicht mehr vorgekommen.

An alledem war der Gewerkschaftsführer Fröhlich, um den es sich handelt, nicht beteiligt, wurde dessen auch gar nicht beschuldigt. Was ihn zur Last gelegt wurde, das war ein angeblich von ihm in der Zusammenkunft gesprochener Satz: „Wir werden die Baustelle schon säubern, wer dahin geht, tut das auf eigene Gefahr!“ Fröhlich selbst erklärte, und zwar für jeden mit solchen Dingen Vertrauten durchaus glaubwürdig: „Die Sache liegt so: Ich hatte auf dieser Versprechung den Bauführer Wessels hinzugezogen, um eine friedliche Erledigung der Sache zu ermöglichen. Wessels hat in der Versammlung aber gesagt: die Leute können froh sein, daß sie jetzt Arbeit hätten. Als dann der Streik erklärt wurde, sagte ich: Ihr habt die Verantwortung selbst zu tragen; wenn Ihr den Streik beschließt, tut Ihr das auf eure eigene Rechnung und Gefahr. Es waren nämlich nur 6 Mann im ganzen unterjährigsberechtigt. Dann sagte ich: Ihr müßt aber auch dafür sorgen, daß die Baustelle sauber bleibt. Das sollte natürlich keine Drohung gegen die Arbeitswilligen sein, sondern nur die Mahnung, daß alle Arbeiter einig sein müßten.“

Fröhlich war, und das gibt seinen Angaben die innere Wahrheit, gar nicht Streikleiter. Als Vertreter der Gewerkschaft hatte Fröhlich aber die Aufgabe, darüber zu wachen, daß die ganze Bewegung ordnungsmäßig verlaufe. So erklärt sich seine Bemerkung, daß die Baustelle sauber bleiben müsse, ganz logisch; sie sollte die bisher gewerkschaftlich wenig gesuchten Streikenden mahnen, solidarisch zusammenzuhalten, damit nicht etwa, wie es bei „wildem“ Streits oft genug vorkommt, nach ein paar Tagen der eine oder andere wieder die Arbeit aufnehme.

Aber der Bauführer Wessel bekundete, Fröhlich habe in der Versammlung vom 28. September, in der der Streik beschlossen wurde, den Arbeitern gesagt: „Wer nach der Baustelle geht, tut das auf eigene Rechnung und Gefahr. Wir werden die Baustelle schon säubern!“

Und Fröhlich wurde zu 2 Jahren 7 Monaten Gefängnis verurteilt — wegen Aufreizung.

Allerdings — Fröhlich soll auch bei einer Besprechung am 8. Oktober „aufgereizt“ haben. Das bekundeten zwei Mitangeklagte, die zu ihrer eigenen Exculpierung erklärten, sie seien zum Streik gezwungen worden. Beide waren bei der Besprechung nach eigener Angabe betrunken, der eine von ihnen steht noch unter Ehrverlust, war 5 Jahre im Zuchthaus wegen Diebstahl, 10 Jahre im Gefängnis wegen Diebstahls, Mißhandlung usw. Und neben diesen beiden Angeklagten trat als Hauptzeuge gegen Fröhlich auf ein gewisser Hauptmann, von dem ein Verteidiger konfatierte: Hauptmann ist der geborene Lügner und Betrüger; er hat von den letzten 17 Jahren seines Lebens 11 im Gefängnis gefessen. Dieser „klassische Zeuge“ wurde aus dem Gefängnis, wo er wieder 10 Monate wegen Betruges zu verbüßen hat, vorgeführt. — Auf solche Zeugnisse hin ist ein Ehrenmann, dessen Ruhe und anständiger Charakter selbst die wirtschaftlichen und politischen Gegner rühmen, verurteilt worden — von „Volksrichtern“, nämlich von Geschworenen, unter denen ein Kommerzienrat, verschiedene Fabrikanten und sonstige Unternehmer waren.

Streikjustiz. Wegen Verübung groben Unfuges erhielt der Sattler A. L., der am Streik in Teilz beteiligt war, eine Strafverfügung über 15 M., weil er am 14. Februar in der Badstubenvorstadt vor dem Aachbischen Fabrikgrundstück die Polizei belästigt und außerdem geschimpft haben soll, so daß die Aufmerksamkeit des Publikums erregt worden sei. Gegen den Strafbefehl erhob L. Widerspruch. Er gibt vor Gericht an, daß er mit einem Freunde von Naumanns Restaurant in die Badstubenvorstadt

gekommen sei, als ein Auflauf schon entstanden war, so daß er nicht habe durchkommen können. Der Polizeiergeant Duphorn sei auf ihn zugekommen und habe ihn nach seinem Namen gefragt. Da er sich keiner strafbaren Handlung bewußt gewesen sei, habe er nach dem Grunde gefragt, worauf Duphorn ihm sagte, daß er ihn notiere, weil er sich darüber aufgeregt habe, als von ihm, Duphorn, ein Mädchen aufgeschrieben worden sei. Eine Aufforderung zum Weitergehen sei an ihn nicht gerichtet worden. Der als Zeuge geladene Polizeiergeant Duphorn behauptet mit Bestimmtheit, daß er den Angeklagten wiederholt zum Weitergehen aufgefordert habe, was von diesem energig betritten wurde. Drei als Zeugen geladene Streikende können zum Teil zur Sache selbst nichts Positives aussagen, da sich der Vorgang im Vorbeigehen abgespielt hat. Einer erklärt, daß der Auflauf nicht durch den Angeklagten verursacht worden sei. Der Angeklagte selbst bietet weiteren Beweis dafür an, daß ihn Duphorn nicht zum Weitergehen aufgefordert habe, er bittet dringend darum, die weiteren Zeugen zu vernehmen, die er schon im Vorverfahren benannt habe. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft beantragt, es bei der Strafe von 15 M. zu belassen. Durch weitere Zeugenaussagen sei auch nichts Genaueres festzustellen, das Gericht sei lediglich auf das Zeugnis des Beamten angewiesen. Das Urteil lautete auf Verurteilung der 15 M. Strafe. Der Angeklagte habe zweifellos gegen die Oberpräsidialverordnung vom 24. April 1907 verstoßen. Er hat einer polizeilichen Anordnung zum Zwecke der Sicherheit im öffentlichen Verkehr nicht Folge geleistet. Nun habe sich zwar bei der Rechtsprechung die Gültigkeit der Verordnung nicht in jeder Beziehung aufrechterhalten lassen, auch das hiesige Gericht habe in Anlehnung an ein Urteil des Kammergerichts in der Sache Gerlich vor kurzem einen Freispruch gefällt. Aber im vorliegenden Falle sei die polizeiliche Anordnung auf Grund einer naheliegenden Gefahr erfolgt, die unbedingt vorhanden sein muß, soll die Anordnung zu Recht bestehen. Das war hier der Fall. Der Angeklagte war hier nach der Aufforderung gegangen, dann aber wieder umgekehrt, deshalb mußte Verurteilung erfolgen; soweit der Strafbefehl auf groben Unfug lautete, erfolgte Freisprechung.

Die Auktion, wertlose Lederabfälle mit nach Hause zu nehmen, um diese gelegentlich zu verwerten, hat schon in mehreren Fällen den Arbeitern Unheil gebracht. Erst jüngst verurteilte die Hannover Strafkammer einen Portefeuller, weil er während seiner Tätigkeit in einer Jechenheimer Lederwarenfabrik mehrere Stücken Leder mitgenommen hat, um daraus zwei Portemonnaies anzufertigen. Bei der vorgenommenen Haus-suchung wurden Stücken im Werte von 6—7 M. gefunden. — Heilig ist das Eigentum!

Genossenschaftliches.

Die Arbeiterradfahrerbund „Solidarität“ (Stb Cffenbach a. M.), der zurzeit über 130 000 Mitglieder zählt, hat auf seinem letzten Bundestag beschlossen, die Fahrradgenossenschaft „Freisch auf!“ in eigene Regie zu übernehmen. Im Februar d. J. wurde das Geschäft von Berlin ins eigene Heim zu Cffenbach a. M. verlegt.

Neben diesem Hauptgeschäft, das hauptsächlich Versandgeschäft ist, bestehen größere Filialen mit Reparaturwerkstätten in Offenbach a. M., München, Stuttgart, Karlsruhe, Mannheim, Hannover, Dresden, Leipzig, Breslau, Berlin (2), Hamburg, Kiel, Magdeburg; ferner kleinere Niederlagen in über 100 Städten Deutschlands. Das Geschäft ist also ziemlich umfangs, weit verzweigt und bietet allen Arbeiterfahrern Deutschlands die Möglichkeit, ihren Bedarf an allen einschlägigen Artikeln ohne Mühe am eigenen Orte oder in nächster Nähe zu beden.

Zurzeit sind in dem Unternehmen, das noch am Anfang seiner Entwicklung steht, im ganzen circa 50 Personen beschäftigt und zwar unter Bedingungen, die den Forderungen der organisierten Arbeiterschaft durchaus entsprechen. Der erzielte Gewinn wird nicht, wie es in den Konsumvereinen geschieht, als Dividende verteilt, sondern fließt den Unterstiftungsfonds des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität“ zu.

Rundschau.

Aus den Parlamenten. Herr von Bethmann soll nach fürchtet, und zwar nicht um Unrecht, die bevorstehende Abrechnung des deutschen Volkes. Mit mathematischer Sicherheit steht für ihn fest, wenn er als Handlanger des Fiskus nicht alle Rinnen springen läßt, er mit dem Verlust der Reichstagswahlen von der Bildfläche verschwinden muß. Darum beruht er, die jegliche Mehrheit bis zum äußersten Termin zusammenzuhalten. Die Neuwahlen sollen, nach Lage der noch zu erledigenden Arbeiten und Melbungen offizieller Blätter, erst im Januar 1912 stattfinden. Bis dahin, hofft die Regierung, haben

die Wähler die Sünden des schwarz-blauen Vads vergessen und sich schließlich an die ihnen durch die jamose Reichsfinanzreform entlaufenden Opfer gewöhnt. In positiven Leistungen, soweit das Volkwohl in Frage kommt, hat der diesmalige Reichstag nichts geleistet. Das Vorkarbeitsgesetz, das Arbeitskammergesetz wird voraussichtlich nicht mehr zur Verabschiedung gelangen. Allerdings in bei diesen Gesetzen eine Anstellung der Arbeiter so gut wie ausgeschlossen. Anders liegt es schon bei der Reform der Reichsversicherungsordnung. Hier waren die Krankenkassen das einzige Gebiet, auf welchem sie, auch nach dem Zeugnis vorurteilloser Arbeitgeber, geradezu Hervorragendes leisteten. Diese Anerkennung gefällt den Schatzmachern nicht, darum als erstes Ziel Vermeidung der Selbstverwaltung, anstatt Lokalität, Bureaukratismus, anstatt selbstgewählte Vertreter und Beamte Anwartsstellen für Zivilversorgungsberechtigte. Man hat die Absicht, das deutsche Volk recht schnell in den zweifelhaften Genuß der Reichsversicherungsordnung zu bringen, deshalb soll, genau wie 1902 beim Brodwurdegesetz, unter Bruch der parlamentarischen Geschäftsordnung, von einer Beratung der 174 Paragraphen abgesehen werden. Man will bei diesem Verrat die Wähler so wenig wie möglich in Aufregung bringen, dagegen sollen die berechtigten Forderungen der Arbeiter unberücksichtigt bleiben und ihre Vertreter mundtot gemacht werden. Bei der allgemeinen Aussprache über ganze „Rücher“ will die Mehrheit sich nur auf knappe Einwendungen zur Kommissionsfassung beschränken, um so die Enblocannahme ganzer, großer Abschnitte ohne größere Diskussionen zu erreichen. Auf diese Weise wird die Krankenversicherungspflicht für Dienstboten und landwirtschaftliche Arbeiter illusorisch. Auch glaubt man so die freien Hilfskassen am checken besitzigen zu können. Würden wir die Politik der Böswilligkeit verfolgen, so wäre es uns schon recht, wie jetzt mit Arbeiterrechten geschahert wird. Denn das ist ja nur Wasser auf unsere Mühlen. — Donnerstag und Freitag doriger Woche waren große Tage im Wallthaus. Der philosophisch veranlagte Reichszanzler war in höchst eigener Person anwesend, als über sein Gehalt debattiert wurde. Die Sozialdemokraten stellten einen Abstützungsantrag. Auch andere Redner hatten eine ganze Reihe wichtiger Fragen angesehnt. Der Reichszanzler beschränkte sich in seiner Antwort nur auf die Abstützung, von der er im Interesse der Kanonenbauer und Eisenplattenlieferanten ein Gegner ist, was in den Kreisen aller Chauvinisten große Freude hervorgerufen hat. Jetzt kann bei neuen Forderungen für Militär und Marine ein Land auf das andere sich berufen. Die Kosten trägt das arbeitende Volk, denn abgerüstet wird nicht. Die Resolution der Sozialdemokraten wurde abgelehnt, dagegen fanden zwei Resolutionen der fortschrittlichen Volkspartei gegen die Stimmen der Rechten und einem Teile des Zentrums Annahme, welche besagen, der Reichszanzler solle ersucht werden, sich bereit zu erklären, in gemeinsame Verhandlungen mit anderen Großmächten einzutreten, sobald von einer Großmacht Vorschläge über eine gleichzeitige und gleichmäßige Vegerzung der Rüstungsausgaben gemacht werden. Dann sollen, genau wie mit Großbritannien, auch mit anderen Mächten Schiedsgerichtsverträge abgeschlossen werden. Soweit wir Kenntnis von der Philosophie des Reichszanzlers haben, wird er mit der größten Mühe diesen Wehrheitsbeschluß ignorieren, ohne darum seine Lohnstelle zu verlieren.

Die Beratung des Ents der Zölle, Steuern und Gebühren gab dem sozialdemokratischen Redner Scheidemann Gelegenheit, die agrarische Begünstigungspolitik ins hellste Licht zu rücken. Er wies darauf hin, daß von 236 Millionen Weizenzoll nur 70 Millionen Mark in die Reichskasse, 166 Millionen Mark in die Taschen der Großgrundbesitzer geflossen sind; ebenso die gesamten 363 Millionen Mark vom Roggenzoll, wovon das Reich auch gar nichts erhielt. Die Einnahmen vom Roggen-, Gerste-, Oaser- und Weizenzoll betragen 988 Millionen Mark, die Agrarier heimsten davon 880 Millionen Mark ein; kein Wunder, wenn für die Witwen- und Waisenversicherung nichts übriggeblieben ist, und aus Mangel an Geld der Antrag der Sozialdemokraten, den durch die Streichholzsteuer arbeitslos gewordenen Arbeitern 400 000 M. nachzugeben, abgelehnt wurde. Für Fleisch und Brot allein muß jede deutsche Durchschnittsfamilie 150—160 M. an indirekten Steuern zahlen. Das sind Zahlen, die sich jeder sehr gut merken und im kommenden Reichstagswahlkampf verwenden möge.

Im preussischen Landtag wollen konservative und Zentrum in dem Gesetze für die Pflichtfortbildungsschule auch Religionsunterricht eingeführt wissen. Dies ging sogar dem Regierungsvertreter zu weit, welcher ein solches Verlangen als den ersten Schritt zur Konfessionalisierung der Fortbildungsschulen zurückwies. Trotzdem ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß die Mitglieder Kommission den Lehrplan mit obligatorischem Religionsunterricht be-

wachen wird, worunter naturgemäß die fachliche Aus- bildung Schaden leiden muß.

Zur Reichsversicherungsordnung. Am 26. März tagte in Berlin eine Reichstagskonferenz der deutschen Krankenkassen, um das Ergebnis der Beratungen der Reichsversicherungsordnungskommission des Reichstages zu besprechen.

Zum gleichen Tage beruft der Vorstand des Verbandes der Bureauangestellten einen Krankenkassen- beamteten Tag ein. Die Tagesordnung lautet: Stellungnahme a) zum Kassenangestelltenrecht der Reichsversicherungsordnung; b) zum Anschlag auf unsere Rechte durch das Einführungsgebot zur Reichsversicherungsordnung.

Der Zentrumschwandel mit der Witwen- und Waisenversicherung wird im Reichstag immer schlim- mer. Das Zentrum hat 1902 seine Zustimmung zu dem Kollatorik damit beschönigt, daß es die Mehr- einnahmen des Reichs aus Getreidezöllen für eine Witwen- und Waisenversicherung bestimmt wissen wollte.

Ermittlungsverfahren gegen christliche Ge- werkschaftsführer. Nach einer Mitteilung soll der Staatsanwalt in Aschaffenburg gegen den Zentral- vorstehenden Oswald, gegen den stellvertretenden Vorsitzenden Tremmel und gegen den Kassierer Sartor des christlichen Hilfs- und Transport- arbeiterverbandes das Ermittlungsverfahren wegen Betrugs und wegen Bilanzverschleierung ein- geleitet haben.

Die im Meinesdorferprozeß Schröder im Jahre 1895 verurteilten Bergleute Graef und Imberg, die verstorben sind, wurden ebenfalls vom Landgericht Essen a. d. R. freigesprochen.

Eine Zwangsinnung für das Sattlergewerbe für Tüßeldorf wurde auf Verordnung des Regierungs- präsidenten, ab 1. Mai d. J. errichtet.

Verfallungskalender.

- Bautzen. Sonnabend, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Stadt Zittau“.
Brandenburg a. S. Mittwoch, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus.
Bremen. Sonnabend, den 22. April, Mitglieder- versammlung im Gewerkschaftshaus.
Düsseldorf. Dienstag, den 11. April, abends 1/2 9 Uhr, Versammlung im Volkshaus.
Frankfurt a. M. Mittwoch, den 12. April, abends 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Gewerkschaftshauses.
Karlsruhe. Samstag, den 15. April, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal „Zur Lokalbahn“.
Kiel. Dienstag, den 18. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Konstanz. Samstag, den 15. April, Mitglieder- versammlung.
Straßburg i. G. Sonnabend, den 15. April, abends 9 Uhr, in der Wirtschaft „Zum Falken“, Schiffleutnanten.

Sterbetafel.

Heusenstamm. Karl Fauerbach, im Alter von 46 Jahren an Herzschlag. Ehre seinem Andenken!

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Durch gemeinschaftlichen Beschluß des Aus- schusses und Vorstandes wurde an Stelle des ausgeschiedenen Kollegen N. Müntner der Kol- lege H. Weinschild mit der Redaktion der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ bestimmt.

Vestellungen auf die Anzahl der ge- wünschten „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ und „Gleichheit“ sowie Inzerate sind zu richten an die Expedition der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“, Berlin SO. 16, Brücken- straße 10b.

Die Geschäfte des Kollegen Weinschild sind in eingeteilt, daß er auch in Zukunft die Inter- essen der ihm besonders unterstellten Tarif- kommission der Lederwarenindustrie genügend wahrnehmen kann.

Alle für den Vorstand bestimmten Schreiben sind nach wie vor an die Adresse des Kollegen Peter Blum, Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b zu richten und die Sendungen für die Haupt- kasse an den Kollegen Alfred Nidel, Berlin SO. 16, Brückenstr. 10b.

Die Adresse des Vorsitzenden des Aus- schusses lautet von jetzt ab Mich. Haderbusch, Berlin C. 34, Petersburger Platz 4.

Der wöchentliche Beitrag für die Ortsver- waltungen Frankfurt a. M., Glogau, Ober- hausen, Enkheim und angelobene Ortschaften beträgt von nun ab 55 Pf.

Um pünktliche Einfindung der statistischen Karte über die Arbeitslosigkeit und der Gelder und Abrechnungen für das erste Quartal wird hiermit ausdrücklich gebeten.

Der Zentralvorstand. N. A. K. Blum.

Briefkasten der Redaktion.

Für die am 21. April erscheinende Nummer der „S. u. P.-Ztg.“ muß der Chierfeiertage wegen, schon am Sonnabend, den 15. April, Redaktionsschluß ein- treten. Jedoch Einfindung von Zuschriften usw. ist dieser Termin zu beachten.

Wegen Raummangel wurden zurückgestellt: zwei Leipziger Briefe und Gaudericht Nürnberg.

Adressenänderungen.

- Bremerhaven. B. A. Lange, Am Teich 26.
Dortmund. K. E. Diehl, Düsseldorfstr. 26.
Glogau. B. Adolf Walter, Große Ederstr. 8.
K.U. beim K. Raul Dreißig, Kofersmarkt 3, 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends. V. Schreier, Markt 47.
Mainz. B. Ph. Ruffel, Kaiser-Wilhelmring 43 II.
Straßburg i. G. B. Carl Lain, Kleine Meßger- gasse 2.
Striegau. B. M. Waute, Bahnhofstr. 11.
Uetersen (i. Holstein). K. Georg Graf, Alsen- straße 10.

Anzeigen

Zentral-Frankenkasse der Sattler, Portefeuille u. Berufsge nossen Deutschlands, E. G. 64 in Berlin.

Quartalübersammlungen. Bremen. Ostermontag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Zentral-Franken- und Begräbniskasse der Buch- binder und verwandter Berufe.

Ortsverwaltung Nürnberg. Am Montag, den 10. April 1911, findet im Kassenlokal (Historischer Hof, Neue Gasse),

Hauptversammlung

- Tages-Ordnung:
1. Geschäfts-Bericht.
2. Kassa-Bericht.
3. Stellungnahme zur Generalversammlung in Leipzig.
4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Die Ortsverwaltung.

Gesucht

tüchtige Mitarbeiter auf englische Herren- u. Damen- sättel. Stellung dauernd. H. Passler & Sohn, Sattler, Hannover.
Werkzeuge, Beschläge, Riemen u. Stifte. Spezialität von E. Neubauer, Offenbach a. M. Lieferung sofort ab Lager.

Tüchtige Sattler auf Rohr- und Vulkanfiber- Bügelhoffer sowie auf Sait-Cases finden dauernde Beschäftigung, Meldung unter Angabe der bisherigen Tätigkeit an Superba-Werke C. Lohmann, Bielefeld.

Lehrbücher für Sattler:

- Bernerhoff, Der moderne Tapezierer... 7,50 Mk.
Bucheler, Wie legt u. beh. man Linoleum? 2,70
Morgenshern, Der Sattler als Zuschnittler 5,00
Rausch, Der Wagenfabrikant... 9,00
Reusch, Der Wagenkasten und sein Plan 5,50
Reuter, Die Schule des Tapezierers... 7,50
Schlüter u. Rausch, Handbuch f. Sattler 9,00
Schlüter, Zuschnitt der Sattler-Arbeiten 7,50

Zu beziehen durch: Joh. Sassenbach, Berlin SO. 16. Bei Einfindung d. Betrages erfolgt franco-Zusendung.

Georg Weibnachts Bierhaus, Grönlitz 21. H. Weib-, Bayerisch-, Kulmbacher Bier.
Zahlscheine der Zentral-Frankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler. Zahlscheine der „Freien Volkshäuser“.

Tüchtiger Vorarbeiter

spez. auf Ortesstaschen, Altkennappen usw. bei höh. Lohn für Oesterreich per sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschr. u. Gehaltsanpr. unt. E. P. 3785 an Rudolf Woffe, Berlin SW. 19.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3,-
bin ich in der Lage zu liefern, weil ich ganze Lager aus Konturmaschinen, Lombardgeschäften usw. aufkaufe.
100 Stück feine 7 Pfg.-Zigarren für 3,50 Mk., 100 Stück feine 8 Pfg.-Zigarren für 4 Mk., 100 Stück feine 10 Pfg.-Zigarren für 5 Mk., 100 Stück feine 12 Pfg.-Zigarren für 6 Mk., 100 Stück feine 15 Pfg.-Zigarren für 7,50 Mk., 100 Stück feine 20 Pfg.-Zigarren für 10 Mk., 100 Stück feine 25 Pfg.-Zigarren für 12,50 Mk., 100 Stück feine 30 Pfg.-Zigarren für 15 Mk., 100 Stück feine 40 Pfg.-Zigarren für 20 Mk., 100 Stück feine 50 Pfg.-Zigarren für 25 Mk., 100 Stück feine 60 Pfg.-Zigarren für 30 Mk., 100 Stück feine 70 Pfg.-Zigarren für 35 Mk., 100 Stück feine 80 Pfg.-Zigarren für 40 Mk., 100 Stück feine 90 Pfg.-Zigarren für 45 Mk., 100 Stück feine 100 Pfg.-Zigarren für 50 Mk.